

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 246.

Montag, den 20. Oktober 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Einwände gegen die Arbeitslosenversicherung.

Soweit man die Tatsache der Arbeitslosigkeit und ihre Folgen nicht zu leugnen vermag, vergiebt man wohl gelegentlich Tränen über das tiefe Elend, in dem Tausende von Mitmenschen zu leben verurteilt sind, gegen eine methodische Arbeitslosenversicherung aber hat man reichlich Einwände. Das Reich könne die Sache nicht in die Hand nehmen, es müsse langsam durch kommunale Maßnahmen in vorangegangenen werden. Vor allem aber haben die Scharfmacher bange, daß bei der Einführung der Arbeitslosenversicherung die Gewerkschaften gewinnen könnten.

Wie steht es um diese Einwände?

Die Resolution des Jenaer Parteitags zur Arbeitslosenversicherung fordert die reichsgesetzliche Regelung. Diese Forderung befindet sich in Einklang mit den von den Gewerkschaftskongressen aufgestellten. Die Beweggründe hierfür waren nicht bloß prinzipieller Natur, die nur die konsequenteste Lösung eines Problems anstrebt, sondern es sind vor allem rein praktische Erwägungen, die zu einer durchgreifenden einheitlichen Regelung drängen.

Die Arbeiterversicherungsgeetze in Deutschland sind alle reichsgesetzlich geregelt. Eine solche Regelung schafft einheitliches Recht; für örtliche und berufliche Besonderheiten könnte immerhin der nötige Spielraum eingeräumt werden. Eine weitgehende Selbstverwaltung der beteiligten Kreise, die hier unerlässlich ist, wird eine weitreichende Anpassung ermöglichen. Eine zentrale Organisation der Arbeitslosenversicherung verteilt das Risiko auf das ganze Reich, auf alle Berufe, die abwechselnd ihre Hochsaison und ihre flaute Geschäftszeit haben.

Vor allem aber wird durch eine allgemeine durchgängige Versicherung das vermieden, was die Agrarier von der Einführung der Arbeitslosenversicherung befürchten. „Wenn die Arbeitslosenversicherung eingeführt werden sollte“, so sagte der Graf Ranig am 13. Januar 1909 im preußischen Abgeordnetenhaus, „dann behalten wir auf dem platten Land überhaupt keine Arbeiter mehr.“ Es ist hier nicht der Ort, des näheren auf die Ursachen einzugehen, die die Landflucht hervorrufen und begünstigen, sie sind bekannt: schlechte Löhne, brutale Behandlung, Rechtlosigkeit und Unterdrückung der Landarbeiter. So viel kann jedenfalls zugegeben werden, bleibt die Arbeitslosenversicherung auf die Großstädte und die Industriezentren beschränkt, dann wäre allerdings ein weiteres Moment gegeben, das den Zugang nach der Stadt begünstigt. An einem übermäßigen Zustrom ländlicher Bevölkerung hat aber auch die großstädtische Arbeiterklasse durchaus kein Interesse. Schon aus diesem gewichtigen Grund allein ist eine die ganze Arbeiterschaft, die ländliche wie die industrielle, umfassende Versicherung vonnöten. Dazu kommt ein weiteres. Die Mitwirkung der Berufsvereine bei der Arbeitslosenversicherung ist nicht zu entbehren, sie sollten die eigentlichen Träger der Versicherung sein. Die Gewerkschaften in Deutschland sind sämtlich zentralistisch gegliedert, sie gewähren die Arbeitslosenunterstützung ihren Mitgliedern am Ort und auf der Reise, jede Verwaltungsstelle zahlt sie aus. Auch die nichtorganisierten Arbeiter, sie noch mehr, sind häufig gezwungen, Ort und Beruf zu wechseln. Beim Verlassen eines Ortes, an dem sie sich Anrechte an die Arbeitslosenversicherungskasse erworben haben, gehen ihnen diese verloren, solange die Versicherung auf einzelne Kommunen beschränkt bleibt. Sie müssen am neuen Aufenthaltsort mindestens von neuem eine Karenzzeit durchmachen.

Nun geht der Haupteinwand der Reaktionäre aber ja gerade dahin, daß die Gewerkschaften bei der Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System allzusehr gefördert würden. Diese Förderung derjenigen Organisationen, die es bisher allein unternommen, für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu sorgen, wäre an sich durchaus gerechtfertigt, auch sonst läge sie im Interesse der Allgemeinheit. Aber diese Angst der arbeiterfeindlichen Elemente ist auch unbegründet. Das ist bereits am 1. d. festgesetzt. Im Jahre 1909 veröffentlichte die badische Regierung eine Denkschrift über die Arbeitslosenversicherung. Dort heißt es unter anderem:

Als grundsätzliche Bedenken gegen die Einführung des Genter Systems wird geltend gemacht, daß es den Verbänden neue Mitglieder zuführe und somit ihre Kampfmittel stärke. Die Erfahrung hat nirgends gelehrt, daß dies zutrifft; die Entwicklung der Berufsverbände läßt sich auf solchem Wege weder fördern noch hemmen. Und gesetzt auch, es lände da und dort oder allgemein unter der Wirkung

des Genter Systems ein stärkeres Strömen der Arbeiterschaft in die Verbände statt, so wird man demgegenüber auch die Vorteile nicht unterschätzen dürfen, die der Gesamtheit durch das vertrauensvolle zu gegenseitigem Verständnis führende Zusammenarbeiten zwischen den Verbänden und Stadtverwaltungen entstehen.

Man hat nach den Ermittlungen der badischen Regierung in dem Zusammenwirken von Gewerkschaften und Stadtverwaltungen überall die besten Erfahrungen gemacht. Mit Bezug auf Straßburg wird gesagt:

Die Gewerkschaften erfüllen die an sie gestellten Anforderungen bei der Listenführung und Abrechnung durchaus; im formalen Verkehr war nicht die geringste Störung zu verzeichnen. Die Gewerkschaften brachten den Entscheidungen des Arbeitsamts volles Vertrauen entgegen.

Es wird noch hinzugefügt, daß die erzieherische Wirkung des „Genter Systems“ auf die Arbeitslosen unverkennbar sei. In München wurden unter Aufsicht der Gewerkschaftsleiter 50 000 Mark an Arbeitslose verteilt. Die Denkschrift sagt dazu: Das Zusammenarbeiten der behördlichen Organe mit den Gewerkschaften hat sich bei dieser Gelegenheit durchaus bewährt.

Die Denkschrift erklärt sich rückhaltlos für das Genter System, das allen anderen Systemen an Umfang und organisatorischer Durchbildung bedeutend überlegen sei und eine immer größere Verbreitung gewinne. Sein Wesenskern sei die Ermunterung der Selbsthilfe, durch Anlehnung an Arbeiterverbände und die Mitkontrolle dieser Verbände. Für die Stadtverwaltungen lägen die Vorzüge des Genter Systems darin, daß die eigenen Verwaltungskosten auf ein geringes herabgedrückt, die Einziehung der Beiträge, die Kassenführung und ein Teil der Kontrolle von den Verbänden übernommen werden.

L. Barz, der Schöpfer und Vorsitzende des Genter Fonds, kommt zu denselben Schlüssen. Er stellte bereits in seinem Bericht von 1908 den Gewerkschaften das Zeugnis aus, daß sie, die in so mancher Hinsicht für die Hebung der Lage der Arbeiter kämpften, auch die einzige Basis sind, auf der eine Arbeitslosenhilfe auszubauen möglich sei, die den Arbeitslosen nicht degradieren und ihn als minderwertig behandle.

Auf den Einwand schließlich, die Arbeitslosenversicherung sei eine „Prämie auf die Faulheit“, einzugehen, lohnt nicht der Mühe. Die Versicherungssumme wird in jedem Falle so gering bemessen sein, daß kein Arbeiter sich dazu drängt, sie länger, als er gezwungen, entgegenzunehmen. Nichtsdestoweniger ist die Arbeitslosenversicherung, so bescheiden sie auch bei den Gewerkschaften gehalten worden ist, doch ein Mittel gewesen, breite Massen der Arbeiter vor der Verelendung und vor dem Hinabsinken ins Lumpenproletariat zu bewahren. Es ist Pflicht des Staates, die Arbeiterorganisationen in dieser sozial überaus wichtigen Tätigkeit zu unterstützen, die Versicherung auszudehnen auf die Gesamtheit der Proletarier. —

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Kirche und die Sozialdemokratie.

Professor Martin Rade in Marburg, der Herausgeber „Der christlichen Welt“, veröffentlicht in seinem Blatte eine Artikelserie über das Thema: „Unsere Pflicht zur Politik“. Die Artikelserie soll demnächst auch als Broschüre erscheinen. In der letzten Nummer „Der christlichen Welt“ behandelt ein Abschnitt dieser Artikelserie die Stellung der Kirche zur Sozialdemokratie. Professor Rade schreibt:

Prüfen wir unser Verhältnis zur Sozialdemokratie. Sofern sie sich bei uns als Partei einseitigen Klassenkampfes verfestigt hat, so können wir ihr nur Feind sein. Aber es ist nicht unter allen Umständen wider das Interesse des Volks- und Staatsganzen, wenn ein einzelner Bestand, eine Klasse sich rührt und zu eigenen Gunsten eine Aenderung im öffentlichen Wesen beansprucht. Historisch betrachtet, kann kein Zweifel sein, daß die Emporentwicklung unserer Industriearbeiterschaft seit Mitte des vorigen Jahrhunderts ein Ereignis war, das sich mit innerer Notwendigkeit vollzog und im Interesse des Ganzen lag. . . . Nun ist oft beschrieben und beklagt worden, wie der deutsche Liberalismus, der in erster Linie dazu (zur Lösung der Arbeiterfrage) berufen war, in den Tagen der Marx und Lassalle den Moment verpaßt hat. Gleiche Kurzsichtigkeit hat die Kirche bewiesen. Es ist nur zu Anläufen gekommen. . . . Die kritische Stunde war für uns insbesondere damals, als die Frage unsere Gemüter bewegte: Kann ein Christ Sozialdemokrat sein? Damit hätte der Bann von Zweifel und Verzicht, der schon in dieser Frage lag, durch den tapferen Eintritt weniger oder vieler von uns in die sozialdemokratische Partei gebrochen werden müssen. Statt dessen belegten wir unter dem Druck der im

Staate herrschenden Ansichten die Sozialdemokratie mit dem religiös moralischen Boykott; will sagen: wir schnitten ihr durch die Verweisung an ihrem ethischen Vermögen die christlich-idealistische Zufuhr ab. Welcher Wahnsinn, eine Millionenpartei, einen so großen lebendigen Querschnitt unseres Volkes moralisch und politisch aufzugeben!

Professor Rade glaubt, daß diese Verjämmerung eines halben Jahrhunderts, die hier der Sozialdemokratie gegenüber vorliegt, nicht wieder gutzumachen sei. Die Sozialdemokratie sei neuerdings immer spröder geworden in der Aufnahme akademischer Personen. Im übrigen habe er die Haltung der Kirche gegenüber der Sozialdemokratie nur als Beispiel dafür anführen wollen, was der politische Idealismus, wenn er hell und stark und schlagfertig genug gewesen wäre, gegenüber dem halbhundertjährigen Aufkommen der Sozialdemokratie von Rechts wegen hätte leisten müssen. Aber die größte Stunde habe an den Männern der Kirche ein kleines Geschlecht gefunden.

Professor Rade hat recht, wenn er mit seinen Ausführungen sagen will, daß die Vertreter der christlichen Kirche die Sozialdemokratie und ihr Streben noch nicht begriffen haben; er hätte hinzufügen können: und nicht begreifen wollen. Denn die meisten Vertreter der Kirche fühlen sich verpflichtet, die Interessen der herrschenden Gesellschaft und des kapitalistischen Staates zu vertreten und Partei gegen die aufstrebenden Arbeiter zu nehmen. Scheint es doch, als ob selbst Professor Rade die sozialdemokratische Bewegung nicht richtig erfährt habe, wenn er glaubt, daß der Eintritt hundert christlicher Männer die Bewegung aus ihren bisherigen Bahnen hätte drängen können. Den Idealismus des Herrn Professors in Ehren! Die sozialdemokratische Bewegung aber kann er damit ebensovienig zu einer christlich-ethischen machen, wie er mit seinem Idealismus Kapitalisten und Unternehmern zum Verzicht auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse bewegen kann.

Der Preußenbund.

Die konservative Presse veröffentlicht einen Aufruf, der zum Beitritt zu dem neugegründeten Preußenbund auffordert. Ueber den Zweck dieses Preußenbundes sagt der Aufruf:

„Der Preußen-Bund ist laut § 1 seines Grundgesetzes eine Vereinigung königstreuer deutscher Männer und Frauen, die der Ueberzeugung sind, daß die Wahrung preußischer Eigenart, wie sie diesen Staat und das Deutsche Reich zur heutigen Machtstellung gebracht hat, Pflicht und Aufgabe aller ist, denen die Wohlfahrt des Vaterlandes am Herzen liegt. Die bekenntnistreudige und praktische Betätigung dieser Ueberzeugung ist angesichts der gegen die Grundlagen unserer monarchischen und staatlichen Ordnung gerichteten Angriffe dringend notwendig. Je mehr das Verständnis für den geschichtlichen Beruf Preußens auf christlicher Grundlage im Privat- und öffentlichen Leben, in Schule und Haus gepflegt wird, um so eher wird es möglich sein, die unserem Volkstum drohenden Gefahren zu beseitigen und die Wohlfahrt des Volkes in allen seinen Teilen zu fördern.“

Zu der „preußischen Eigenart“ gehört bekanntlich auch die Dreiklassenämter, deren Aufrechterhaltung zu den vornehmsten Aufgaben dieses Preußen-Bundes gehören dürfte. Daß dieser Bund der echt preußischen Leute, den Kampf gegen die Sozialdemokratie auf sein Banner geschrieben hat, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Dem Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie, der kaum noch schnaufen kann, ist damit eine neue Konkurrenz entstanden, die ihm das Vegetieren noch schwerer machen wird. An der Spitze dieses Preußenbundes stehen: Handelskammer-Syndikus Dr. Keffe-Hannover, Generalmajor z. D. Rogge-Bernigerode, Graf v. d. Groeben, Graf Henckell-Donnersmarck, Frhr. v. Meerfeldt-Hülstern, Landrat Schulze-Bellum und Justizrat Eichenbach-Berlin. Von bekannten Persönlichkeiten hat nur der konservative Reichstagsabgeordnete Graf Westarp unterzeichnet. Sonst stehen unter dem Aufruf Referendare, ausgediente Generale, diverse Pfarrer, Professoren und auch ein halbes Duzend Frauen haben unterzeichnet.

Lieber keine Fortbildungsschule als eine ohne Religionsunterricht.

Unter der Ueberschrift: „Ministerielle Furcht vor Religion in den ländlichen Fortbildungsschulen“ nimmt das „Westf. Volksblatt“ — das Organ des Baderborner Bischofs — in geharnischter Weise Stellung gegen die Ausführungsbestimmungen zum Fortbildungsschulgesetz vom 19. Mai d. Js. Diese Ausführungsbestimmungen erklären es für unstatthaft, daß eine Einführung von Religionsunterricht in den Ortsstatuten oder in den Kreisaußschußbeschlüssen vorgesehen werde. Hiergegen wettet der westfälische Merkantilismus also:

Es kann nur wiederholt werden, was bereits früher von uns betont wurde: die Gemeindevertreter mögen der Einführung des Schulzwangs nur unter der Bedingung zustimmen, daß der Religionsunterricht als obligatorischer Unterrichtsgegenstand in den Lehrplan der ländl. Fortbildungsschule aufgenommen wird, und sich sodann das Recht vorbehalten, jederzeit die Fortbildungsschule durch einfachen Gemeindebeschluß wieder zu beiseitigen. . . . Lieber keine obligatorische Fortbildungsschule als eine solche, in der die Religion nur höchstens ganz nebenbei eine Rolle spielen darf. . . . Die Wähler müssen von allen Gemeindevertretern unbedingt verlangen, daß sie ohne jegliche Rücksicht auf irgend eine Staatsbehörde dementsprechend stimmen."

Der Alexikalismus hat seine Leute in der Hand, und da weiß die Regierung, wie sie sich zu verhalten hat. Was kümmert das Zentrum die Fortbildungsschule, wenn der Kaplan nicht seinen Einfluß geltend machen kann!

Die Nationalliberalen zur Welsenfrage.

Die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses ist auf Sonntag, den 19. Oktober zu einer Sitzung nach Berlin berufen worden, um über eine Kundgebung in der Welsenfrage zu beraten. Der auch liberale Abg. Fuhrmann gibt in seiner „Nationalliberalen Korrespondenz“ bereits den Ton an für diese Fraktionsitzung, indem er schreibt:

„Die Partei, würde ihre Geschichte verleugnen, wenn sie nicht jetzt, wo es noch Zeit ist und wo unabänderliche Beschlüsse noch nicht vorliegen, ihre Stimme erhöhe. Sie handelt damit nicht nur als einzelne Parteiorganisation, sondern im Rahmen der allgemeinen preussischen Landespolitik, die in der Beurteilung der Staatsgefährlichkeit der welschen Agitation und in der Behandlung welscher Untriebe stets ein einheitliches Zusammenstehen der konservativen und der liberalen Parteien des Landtages mit der preussischen Staatsregierung gekannt hat.“

Abg. Fuhrmann hofft offenbar, auf dem Umwege über die Welsenfrage, Konservative und Nationalliberale einander näherzubringen.

Der tapfere Bethmann fest im Sattel.

Das Kanzlerblatt, die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt zur Welsenfrage: „In der braunschweigischen Thronfrage hat, wie wir berichtet haben, das preussische Staatsministerium am Donnerstag Beschluß gefaßt. Für die Beratungen des Bundesrats wird danach ein preussischer Antrag die Grundlage bilden. Dieser Antrag wird von dem Ministerpräsidenten und Reichskanzler mit seiner vollen Verantwortlichkeit gedeckt, und es liegt nicht der geringste Grund dazu vor, es so darzustellen, als beabsichtigte der Reichskanzler, bei der Entscheidung der braunschweigischen Frage die Person des Kaisers vorzuschieben und sich von der Verantwortlichkeit für die zu fassenden Beschlüsse zu entlasten.“

Der Kronprinzenbrief an den Reichskanzler in der Welsenfrage ist, wie die „Rhein.-Westf. Ztg.“ von „gut-unterrichteter“ Seite erfährt, nicht durch eine Indiskretion in die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ gelangt.

Der Jesuiten Antrag im Bundesrat.

Der „Berl. Lok.-Anz.“ meldet: Der Bundesrat dürfte sich noch vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags mit dem Jesuiten Antrag beschäftigen. Es ist in der Sache eine kleine Verzögerung dadurch eingetreten, daß der mit der Berichterstattung über diesen Antrag betraute holländische Landesratsbevollmächtigte und Gesandte Dr. Klügmann inzwischen aus dem Amt ausgeschieden, und diese Aufgabe auf seinen Nachfolger, Dr. Sieveking übergegangen ist. Dieser beherrscht übrigens als langjähriger Vertreter Elsaß-Lothringens beim Bundesrat die Materie vollständig.

Polizei und Prostitution.

Recht interessante Dinge, die die ganze Hilflosigkeit beweisen, mit der die Verwaltungsbehörden Krankheiten am Gesellschaftskörper gegenüberstehen, kamen in der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Frankfurt am Main bei Erörterung der Frage nach Errichtung von Bordellhäusern zur Sprache. Die Prostitution ist in der heutigen Gesellschaft nicht auszurotten; alle Versuche, sie mit gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen von Verwaltungsbehörden zu beseitigen, scheitern. Der Gesetzgeber bedroht daher die Prostitution an sich auch nicht mit Strafe, sondern verlangt von den Prostituierten nur die Beobachtung der von der Polizei angehängten zum Schutze der Gesundheit und zur Wahrung des öffentlichen Anstandes erlassenen Vorschriften. Strafbar ist aber, den unglücklichen Opfern der Prostitution Wohnung zu gewähren. Wer das tut, für den steht das Gesetz Gefängnis vor. In der Zwischenzeit, daß die Prostitution ein unentbehrlicher Bestandteil der heutigen Gesellschaftsordnung und daß dieselbe Gesellschaftsordnung händig Frauen zur Prostitution zwingt, daß aber das Gesetz jeden, der diesen unglücklichen Obdach gewährt, bestrafen will, zappeln die Verwaltungsbehörden händig. In Frankfurt a. M. bestand im vorigen Jahre der Plan, eine in unmittelbarer Nachbarschaft des Bahnhofs belegene Straße zu einer Bordellstraße anzuwandeln. Der Genehmigung des Polizeipräsidenten hatte sich ein betrieblicher Geschäftsmann vergewissert. Die interessierten Hausbesitzer der Nachbarschaft, die Entwertung ihrer Grundstücke befürchteten, erhoben Einspruch und auch die Stadtverwaltung schwiegte nicht, was zur Folge hatte, daß der Plan auf Anordnung des Regierungspräsidenten nicht ausgeführt wurde. Inzwischen hat in einem Hause dieses Stadtviertels eine Frau, die schon wegen Kuppelei verurteilt ist, in aller Stille ein Bordell eingerichtet, dessen Betrieb von der Polizei absolut nicht gekostet wird. Kein im Gegenteil: die Polizei schützt ihn. Bei der Bezeichnung des Hauses in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung erklärte ein Vertreter dieses Bezirks, daß Kuppelei, die das Kommen und Gehen in dem Hause von der Straße aus beobachtet hätten, von Beamten der Sittenpolizei zur Polizeiwache ge-

bracht worden seien. Die Besitzerin des Bordellhauses hatte sich in ihrem Geschäft gestört gefühlt und polizeiliche Hilfe begehrt, die ihr auch gewährt worden ist. Um die Erregung über den Bordellbetrieb zu beschwichtigen, hat der Frankfurter Polizeipräsident den Einfall bekommen — wir berichten immer nach den Ausführungen in der Stadtverordnetenversammlung — den Pfarrer des Bezirks zu sich zu bitten und ihn ersucht, doch mit zur Beruhigung der Gemüter seiner Gemeinde beizutragen. Er, der Polizeipräsident, wolle jedem Einwohner des Stadtteils die Beherbergung einer Prostituierten gestatten. So sehr der Vorschlag überraschen mag, so verrät er doch immerhin die Einsicht, daß mit der vom Gesetz verlangten Haltung der Behörden zur Prostitutionsfrage nichts anzufangen und daß es nichts weiter als Frechelei ist, wenn die Befolgung des Kuppeleiparagrafen behauptet oder vorgetäuscht wird.

Die Grubenherren kommandieren zur Wahl.

Man kennt die schweren Anklagen der Nationalliberalen über unerhörte Wahltyrannie der konservativen Junker in Ostelbien. Es wäre aber sehr verfehlt, daraus zu schließen, in nationalliberalen Kreisen sei Wahltyrannie und ungehörige Wahlbeeinflussung überhaupt verpönt. Wie die nationalliberalen Grubenherren in Westfalen ihre Herrschaft in den Gemeinden zu erhalten wissen, zeigt folgende Bekanntmachung, die auf der nur zur bekannteren Dortmund-Zeche „Radbod“ prangte:

„Am 10. Oktober 1913 findet in der Wirtschaft des Herrn Westhof-Ermelinghofen die Neuwahl von Gemeindevertretern für die zweite Abteilung statt und zwar von 2—5 Uhr nachmittags. Folgende Leute haben sich an der Wahl zu beteiligen.“ (Folgen die Namen von 27 Bergleuten der Zeche „Radbod“.)

Der Mas ist ein Musterbeispiel von Skrupellosigkeit, da durch ihn zweifellos ein sanfter Druck auf die Arbeiter ausgeübt werden soll, damit diese die Vertreter der Zechenpartei wählen. Die Zechenherren, die mit am lautesten über den angeblichen Terrorismus der Arbeiter schreien, machen, wie man sieht, selbst in Terrorismus.

Eine glückliche Hand.

Dr. Karl Hellferich, Direktor der Deutschen Bank, verfaßt bekanntlich eine Schrift „Deutschlands Volkswohlstand 1913“, die ausgesprochenerweise der Verherrlichung Wilhelms II. dienen soll. Der Zweck bestimmte die Tendenz. Und man muß anerkennen, des Kaisers neuester Lobredner hatte eine glückliche Hand in der Auswahl und Verwendung des Materials. Hier ein Musterbeispiel dafür. Hellferich wollte einen sozialen Aufstieg des gesamten Volkes zeigen. Als Beweis dafür, stellt er eine Zunahme im Verbrauch von Brotgetreide heraus. Nach seiner Zusammenstellung ist der Verbrauch pro Kopf und Jahr gestiegen: Roggen von 114,5 Kilogramm im Durchschnitt der Jahre 1886—1890 auf 143,1 Kgr. im Jahr 1907—11. In derselben Zeit stieg der Verbrauch von Weizen von 63,6 Kgr. auf 88,6 Kgr. Demnach ergibt sich eine Verbrauchszunahme von Brotgetreide von 178,1 Kgr. auf 231,7 Kgr. oder um 30,1 Kgr. pro Kopf der Bevölkerung. Hoch befriedigt von seiner Feststellung ruft der Verfasser: „Die Ergebnisse lassen auf eine wesentlich bessere Ernährung der Bevölkerung schließen.“ Wirklich? Der Schluß scheint uns sehr kühn. Wir nehmen das „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ (1912) zur Hand und machen aus den amtlichen Berechnungen folgende Zusammenstellung: Pro Kopf der Bevölkerung betrug der durchschnittlich jährliche Verbrauch an Brotgetreide im Jahr:

	1893/98	1907/11
Weizen und Spelz	86,9 Kgr.	88,6 Kgr.
Roggen	150,9 „	143,1 „
zusammen	237,8 Kgr.	231,7 Kgr.

Nach der Reichsstatistik ist der Verbrauch von Brotgetreide also pro Kopf der Bevölkerung zu rück gegangen, was, um in Dr. Hellferichs Gedankengang zu bleiben, auf eine Verschlechterung der Ernährung der Bevölkerung schließen läßt.

Balkan.

Die Serben in Albanien. Die Albanische Korrespondenz meldet aus Durazzo: Das serbische Expeditionskorps ist über den Schwarzen Drin in das Sanere Albaniens eingebrochen und hat bereits Mat erreicht. Die Bevölkerung ergriß vor den Serben die Flucht. Ein serbisches Armeekorps befindet sich bereits 40 Kilometer östlich von Tirano. Weitere Truppenmassen operieren östlich auf Elbasan.

Dieses Vorgehen Serbiens hat sofort Österreich-Ungarn auf den Plan gerufen. Serbien ist mit einer achtstägigen Frist aufgefordert worden, Albanien zu räumen. Hoffentlich kommt Serbien dieser Forderung nach; sonst würde es zu neuem Blutergießen kommen.

Amerika.

Gouverneur Sulzer ist vom Gerichtshof von Albany mit 43 gegen 12 Stimmen definitiv abgesetzt worden. Sulzer kündigt nunmehr die Enthüllung der Tammany-Geheimnisse an. Er ist, wie man weiß, durch die Tammany groß geworden.

Die Völkerschlacht-Jahrhundertfeier und das Volk.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Lübecker Arbeitergesellschaft gestaltete sich gestern vormittag die Volksversammlung, die im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte, um Protest zu erheben gegen die systematische Geschichtsfälschung, die in den letzten Tagen wieder von dem hurrupatriotischen Bürgertum und seinen Wortführern verübt worden ist und gleichzeitig auch den byzantinischen Kummel der letzten Tage zu kennzeichnen und nach seinem wahren Wert zu charakterisieren. Und die zu Tausenden erschienenen Lübecker Arbeiter haben getreuer gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, sich irreführen und von den patriotischen Machern ins Schlepptau nehmen zu lassen. Dazu ist der Antrag nach Wahrheit in ihnen zu groß.

Nach 11 Uhr eröffnete der Vorsitzende Genosse Paul Löwig die Versammlung und erteilte das

Wort dem Genossen Dr. Weill aus Berlin, dem Vertreter von Neß in Reichstags.

Genosse Dr. Weill führte u. a. folgendes aus: Man hat den Völkern in der zivilisierten Welt die Sitte erhalten, das Gedächtnis blutiger Tage festlich zu begehen. Dies ist in aller Herren Länder so geblieben. Nur geringe Unterschiede sind hier und da festzustellen. In Frankreich, an das man in diesen Tagen immer gemahnt wird, pflegt man in der Geschichtsliteratur an die Niederlagen zu erinnern, die die Franzosen erlitten haben. Bei uns dagegen pflegt man mehr das Andenken der Siege. Der Zweck ist in beiden Ländern der gleiche. Hier wie dort wird damit dasselbe erreicht. Dort hat man jahrzehntelang mit dem fortwährenden Aufreizen schmerzlicher Wunden den Gedanken der Revanche gezüchtet, und in Deutschland will man das Volk aufstacheln mit der Erinnerung an den letzten Erfolg. Und so sucht man zwei Völker, die zum gegenseitigen Sichverstehen geneigt sind, durch das Aufbauschen der Erfolge und durch das fortgesetzte Gefühl der Demütigung an die Rache mahnend, zu entzweien. Und doch — trotz dieser allgemeinen Verbeugung liegt in der gegenwärtigen Jahrhundertfeier für das deutsche Volk ein höherer und anderer Sinn. Und doch — das lassen Sie mich, den sozialistischen Redner sagen — ist die Feier für das deutsche Volk berechtigt, ist sie für das deutsche Volk ein Gebot. Denn von der Völkerschlacht bei Leipzig läßt sich sagen, was Goethe von der Schlacht bei Wagram im Jahre 1792 gesagt hat: „Von hier und von dieser Zeit an hat eine neue Epoche in der Weltgeschichte begonnen.“ Man kann aber gerade deshalb 1813 nicht feiern, als ein chauvinistisches Erinnerungsfest. Könnte doch selbst ein Mann, der seit Verleihen des Nobelpreises direkt königstreuen geworden war, konnte doch selbst ein Gerhard Hauptmann sein Festspiel nicht schreiben, ohne die Empfindlichkeit des deutschen Kronprinzen zu wecken, der bekanntlich auch bei anderen Gelegenheiten sich sehr empfindlich gezeigt hat, wofür er denn auch den lebhaftesten Beifall der Alldutschen erhalten hat. Diese alldutschen offiziellen und königstreuen Volksverbesserer glauben deshalb, ruhig weiter die Wahrheit der Geschichte fälschen zu können. Was war denn 1813 der Zweck der Erhebung des deutschen Volkes? Es war die Befreiung des Bürgers und die Befreiung der Nation die Triebkraft zum Kampf. Man wollte sich von dem äußeren Feind — Napoleon — befreien, aber man wollte auch den inneren Feind beseitigen, der von den Thronen und den Regierungen aus das Volk nach wie vor in der Knechtschaft zu halten bestrbt war. Die Freiheitskämpfer von 1813 trugen einen anderen revolutionären Charakter. Sie waren eine natürliche Folge jener Revolution, die zwanzig Jahre vorher in Frankreich die Dinge umgewälzt hatte, nur mit dem negativen Ergebnis. Auch die Revolution in Frankreich war nicht von einem Tag auf den andern gekommen. Das waren Ereignisse, in denen der Wille und der Mut des Volkes zum Ausdruck kamen, eine Umwälzung, die den Sturz des alten Feudalstaates und des Königtums zum Ergebnis hatte. Und daß jene Bewegung, die sich innerhalb Frankreichs vollzog, weit über die Grenzen hinaus wirkte, zeigte der Widerstand, den die gekrönten Häupter Europas der jungen Republik entgegenbrachten. Es waren die deutschen Fürsten, die einen Koalitionskrieg gegen die erste französische Republik führten, um das Königtum wieder einzufügen. Aber es zeigte sich damals schon, daß die Gamaschen- und Söldnerheere nicht aufkommen konnten gegen das bewaffnete Volk und den Willen eines Volkes. Und noch viel später, als Bonaparte nicht mehr der republikanische General war, als er sich schon mit dem Gedanken der Alleinherrschaft trug und sich zum Kaiser gemacht hatte, trugen die französischen Heere den Gedanken der Freiheit überall hin, wohin sie kamen, das ist aus den Urkunden zahlreicher deutscher Gemeinden noch heute festzustellen. So in Nürnberg und in vielen anderen Städten. (Zurufe: Auch in Lübeck!) Man muß sich vergegenwärtigen, daß ein großer Teil des deutschen Volkes von damals noch im finstern Mittelalter steckte, namentlich der preussische Feudalstaat. Und als notgedrungen die Edikte von 1807 und von 1810 erlassen waren, war doch die Schubertätigkeit nur zum Schein aufgehoben. Es herrschte nach wie vor noch unbeschränkt und absolut der Junker. In der Verwaltung, in der Regierung, im Heer usw. wie auch heute noch in Preußen. 1806 war allerdings der preussische Feudalstaat zusammengebrochen. Bei Jena und Auerstädt sollte die Herrschaft des Junkertums zu Ende sein. Und tatsächlich datieren die ersten freiheitlichen Regungen aus jener Zeit. Die Gesetzgebung Steins und Hardenbergs war zwar unvollkommen, aber im Keime doch modern. Die Gewerbefreiheit und die Anfänge der Selbstverwaltung der Gemeinden usw. datieren aus jener Zeit. So wie Stein und Hardenberg in der Regierung und Verwaltung Reformen einzuführen suchten, wollten Scharnhorst und Gneisenau es auf militärischem Gebiete ihnen nachhaken und zwar nach französischem Muster. Das Volk sollte Träger des Staatswillens und der Wehrmacht sein. Das alles hatte die französische Invasion fertig gebracht. Es liegt nun etwas Wahres in jenen Worten, wenn er sagt, daß Napoleon die sittliche Bestimmung des Menschengeschlechts verkannt habe. Napoleon wollte Europa und die Welt seinem Willen und dem seiner Dynastie unterordnen. Die große sittliche Bestimmung, die das Volk in seiner Sprache, seiner Kunst, seiner Eigenart, seiner Literatur usw. hat, achtete Napoleon nicht. Hätte er die Rolle durchgeführt, die die Revolution ihm aufgegeben, dann hätte er überall, wohin er kam, freie Nationen und freie Bürger schaffen sollen. Dann hätte er überall dazu seine Kraft hergeben müssen, das Vaterland zu schaffen, das geschlossene Land, das mit seiner Sprache und seiner Eigenart hohen Wert darstellt. Aber wenn man sich vergegenwärtigt, welche Unsumme von Klüglichkeit, Feigheit, Servilität, Schande und Erniedrigung ihm auf seinem Zuge durch Europa begegnet ist, begreift man seine Kurzsichtigkeit. Man spricht heute soviel über die glorreiche Vergangenheit von vor 100 Jahren. Die deutschen Fürsten schänten sich nicht, das Denkmal in Leipzig zu enthüllen. Die aber haben am wenigsten Anrecht darauf, den Freiheitskampf zu feiern. Die Scham über das, was ihre Vorfahren von damals fertig gebracht haben, die Napoleon bis zum letzten Augenblick umschmeichelten, sollte manchem die Wangen röten. Man hat gestern auch hier wieder an feierlichster Stelle von der Schmach gesprochen, die Napoleon der Königin Louise angetan, wodurch sie an gebrochenem Herzen gestorben sei. (Auf einer Bergnügungstour. Ann. d. B.) Man sollte doch endlich einmal mit dieser Unwahrheit aufhören. Das Volk weiß, daß die Landungsschiffe von 1813 das Werk der märkischen Bauern, Landarbeiter und der schlechtesten Leineweber ist. Napoleon hätte die sittlichen Bestimmungen des deutschen Volkes wohl auch erkannt, wenn er Gelegenheit gehabt hätte, in die Tiefen des Volkes zu schauen. Was sah er aber in Tilsit, in Dresden, in Wien, in Erfurt und anderswo? Unterwürfigkeit, Schmeichelei und Speichelleckerei bei den Machthabern. Er mußte sich doch als Halbgoth vornehmen, wenn ihm, dem Advokatenjohn, sogar eine Kaiserkrone förmlich an den Hals geworfen wurde. Wer anders hat denn seine Scheidung von Josefine betrieben, als der Kaiser Franz. Darüber wird auch das Volk immer belogen, indem die Heirat als dem Ehrgeiz Napoleons entsprun-

gen hingestellt wird. Und waren nicht die Könige von Bayern, Sachsen, Württemberg, die Großherzöge von Baden, Hessen, Weimar usw. seine Kreaturen? Ist doch der König von Sachsen nach der Leipziger Schlacht als Gefangener nach Berlin geschleppt worden und hat dann die Hälfte seines Landes an Preußen abtreten müssen. (Hört, hört!) Wie können die Nachkommen jener Fürsten heute bei Leipzig solche Erinnerungen feiern! Es ist Tatsache, daß der König von Preußen York niemals verziehen hat, daß er in Tauraggen sich von der großen französischen Armee getrennt und mit den Russen paktiert hat. Hat Friedrich Wilhelm III. nicht noch wenige Tage vor der Leipziger Schlacht seinen Kronprinzen an eine Tochter aus der Adelsfamilie von Haccio verheiratet, um eine Schwägerin des russischen Zaren zu werden? Redner zitierte dann eine ganze Reihe von dokumentarisch belegten Ausprüchen Friedrich Wilhelms III., die Yorks der Befreiung Preußens dienende Handlung entschieden mißbilligten und sich bei Napoleon entschuldigten. Wenn York nicht verhaftet worden ist, so lag das nur daran, daß die Russen den Abjudanten nicht durchließen. Dr. Weiß stellte weiter fest, daß Friedrich Wilhelm III. sich als den natürlichen Verbündeten Frankreichs hingestellt und Napoleon um Geld hat, neue 60 000 Mann für ihn ausbilden zu können. Das war zwei Monate bevor er den Erlaß „An mein Volk!“ unterschrieb. Er hob auch hervor, daß der König von Preußen erst zur Unterschrift gezwungen werden mußte, daß man die Armee gegen den König marschieren lassen wollte. Es war also eine Zeit der tiefsten Erniedrigung für die deutschen Fürsten. Es entwickelte sich das seltsame Schauspiel bei Leipzig, daß abgefallene sächsische Truppen gegen königstreue auf französischer Seite gebliebene Truppen kämpften. Und die damals an der Spitze der Freiheitsbewegung standen, haben Ausprüche getan und Forderungen gestellt, die heute nur noch in dem sozialdemokratischen Programm zu finden sind. Fichte, Arndt usw. haben — wie die geschichtlichen Dokumente beweisen — sich in schärfster Weise gegen die Fürsten ausgesprochen. Wir Sozialdemokraten gelten bekanntlich als antinational. Das sagen die, die nicht wissen, was unser Internationalismus will. Unser Internationalismus will das Zusammenarbeiten der Völker. Der Sozialismus hat deshalb aber noch niemals die Berechtigung der Nationen verkannt. Das Recht der Nation auf Persönlichkeit und Selbständigkeit hat der Sozialismus noch immer respektiert. Deshalb treten wir auch für das nationale Recht der Dänen, der Polen, der Elsaß-Lothringer ein. Wer eine Nation bilden will, muß eben auch die Rechte anderer Nationen anerkennen und sie nicht herabsetzen und zerstören wollen. In Frankreich haben die Sozialdemokraten die Berechtigung der Feiler von 1813 für uns Deutsche wohl anerkannt. Nur die Phantasten und Chauvinisten, die überall das Recht auf das nationale Eigenleben anderer Völker verkennen, regen sich darüber auf. Wir wollen die internationale Verständigung aller freien Völker. Wir stellen fest, daß die Kämpfer von 1813 die bürgerliche Freiheit erkämpfen wollten. Der König war bekanntlich auch genötigt, sie zu versprechen. In dem Aufruf „An mein Volk“ vom 17. März 1813 hat der König Freiheit dem Bürger und Berechtigung in Staatsangelegenheiten eine Stimme zu haben, feierlichst versprochen. Es gab aber damals schon Mißtrauiche, die ein Fichte beruhigen wollte, indem er meinte, man spricht zwar noch von Untertanen; aber das ist wohl nur eine schlechte Gewohnheit. Er sah ein Reich kommen, das gegründet war auf die Freiheit und Gleichheit alles dessen, was Menschenantlig trägt. Leider ist es bis heute noch ausgeblieben. Das Königswort ist nicht erfüllt worden. Wir wissen, daß auf 1813 der Wiener Kongreß folgte, der dem Volke wieder die Anechtenschaft brachte, den weißen Schreden der Reaktion, der den Bourbonnen wieder auf den französischen Thron half. Es ist bekannt, daß die Farbe Schwarz-Weiß-Gold als Auflehnung gegen die Obrigkeit galt. Wir wissen, daß Ernst Moritz Arndt, Jahr, später Neuter usw. jahrelang im Gefängnis schmachten mußten und daß 1819 in der preußischen Regierung kein Beschwörer von Reformen mehr zu finden war. 1813 hat man das Volk betrogen. Es hat Gold für Eisen gegeben, es hat Gut und Blut geopfert, für die wortbrüchigen Fürsten. Wir wissen, daß bald nachher wieder in einem großen Teil des Volkes Frankreich gelobt wurde, daß hundertmal soviel Bilder von Napoleon gekauft wurden als von sämtlichen anderen Patenten Deutschlands zusammengekommen, weil eben das Volk sich um die Früchte seiner Aufopferung betrogen sah. Groll und Verbitterung muß uns erlassen von der namenlosen Heuchelei jener Herrschenden. Das Volk sieht heute noch unter der Herrschaft des Junkertums; es ist heute noch nicht im Besitz dessen, was der Hochapostel von 1813 versprochen hat. Und heute feiern die Nachfahren der Rheinbundfürsten und die der heiligen Allianz in Leipzig eine revolutionäre Tat. Sie haben ein Denkmal geschaffen, das wohl riesige Gestalt hat, aber nichts davon sagt, welcher großen geschichtlichen Wert die Erhebung von 1813 für das deutsche Volk gehabt hat. In dem Denkmal steckt nicht die geringste künstlerische Empfindung. Es ist ein großer prothier Steinhaufen und weiter nichts. Und die Jahrhundertfeier in Leipzig war alles andere, nur keine Feier des deutschen Volkes. Wir Sozialdemokraten protestieren in diesen Versammlungen dagegen, wie man gefeiert hat. Wir feiern am besten das Andenken der Freiheitskämpfer von damals und geloben, daß auf die am 19. Oktober vor 100 Jahren aufgegangene Morgenröte endlich der wirkliche Sonnenaufgang der Freiheit erkämpft werden soll. (Minutenlanger stürmischer Beifall.) Eine Diskussion wurde nicht beliebt.

Genosse Löwigt stellte in einem kurzen Schlußwort fest, daß die Anwesenden durch ihre an den Tag gelegte Begeisterung zu erkennen gegeben, daß sie gewillt sind, alles daranzusetzen, um endlich die Erfüllung dessen zu erreichen, um das die Väterkämpfer gekämpft wurde: Freiheit und Recht dem Volke. Jeder habe die Pflicht, einzutreten in die politische und gewerkschaftliche Organisation und mitzuhelfen an dem großen Werke. Er rezitierte dann das Leitgedicht der letzten Nummer der Münchener „Jugend“, in dem die Wahrheit festgehalten wird, wer das Hauptverdienst der Leipziger Schlacht hat, die Vorkämpfer und Kämpfer, und nicht die Fürsten und Generale. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die imposante Massenversammlung. wb.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 20. Oktober.

Der „Ortslohn“. Unsere sozialen Gesetze kennen für verschiedene Zwecke den von den Behörden festzustellenden „ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner“. Die Vorschriften über das Verfahren zur Festsetzung desselben, die seither im Krankenversicherungsgesetz und nunmehr in der Reichsversicherungsordnung enthalten sind, haben eine Umgestaltung erfahren. Die Bezeichnung „ortsüblicher Tagelohn“ ist umgewandelt worden in „Ortslohn“. Er wird nicht mehr von der höheren Verwaltungsbehörde, sondern vom Oberversicherungsamt festgesetzt. Weiter wird er nicht nur für jugendliche und erwachsene Personen, sondern für Versicherte unter 16 Jahren, für solche von 16 bis 21 Jahren und für solche über 21 Jahre, je getrennt für Männer und Frauen,

festgestellt. Nach einer kaiserlichen Verordnung müssen die Ortslöhne so festgestellt werden, daß sie am 1. Januar 1914 in Kraft treten können. Die jetzt festgestellten Arbeitslöhne gelten für das Jahr 1914; nach § 141 der Reichsversicherungsordnung ist dann für einen weiteren Zeitraum von vier Jahren, am 1. Januar 1915 beginnend, eine Neufestsetzung vorzunehmen. Der Ortslohn ist in der Regel einheitlich für den ganzen Bezirk jedes Versicherungsamtes (also einer unteren Verwaltungsbehörde) festzusetzen. Vorher werden die Vorstände der beteiligten Versicherungsanstalten gehört; das Versicherungsamt hat sich nach Anhörung der Gemeindebehörden und der Vorstände der beteiligten Krankenkassen gutachtlich zu äußern. Es können aber auch andere Institutionen wie Gewerkschaftsvertreter usw. Vorschläge an die Versicherungsämter und Oberversicherungsämter gelangen lassen. Bei der Festsetzung ist nur der Tagelohn solcher Versicherten zugrunde zu legen, die Arbeiten, die eine besondere Vorbildung nicht erfordern, als gewöhnliche Tagelöhner verrichten.

Die „Ortslöhne“ haben zunächst Bedeutung für die Landfrankenkassen. Bei diesen werden alle Leistungen, wie das Krankengeld, das Wochengeld usw., nach diesen Durchschnittssätzen bemessen. In der Unfallversicherung gilt nach § 570 der Reichsversicherungsordnung das Dreihundertfache des Ortslohnes für Erwachsene als Jahresarbeitsverdienst zur Berechnung der Unfallrente für einen Verletzten, wenn dieser weniger verdient hat. Nach § 1246 deselben Gesetzes gilt für Personen, die einer Krankenkasse nicht angehören, der dreihundertfache Betrag des Ortslohnes als Jahresarbeitsverdienst für die Zugehörigkeit zu den einzelnen Klassen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Der Ortslohn dient noch zur Bemessung der Familienunterstützung der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften des Heeres und der Marine. Bei vorzeitiger Auflösung des Arbeitsvertrages (§ 124 b der Gewerbeordnung) gilt der Ortslohn als Höchstbetrag der zu gewährenden Entschädigung und bei Unfällen von Gefangenen (§ 3 des Gesetzes vom 30. Juni 1900) dient er zur Berechnung der Renten.

Man sieht, seine Anwendung ist eine sehr vielseitige. Dieser Wichtigkeit entsprach nicht die bisherige Festsetzung, die meist sehr oberflächlich war. Häufig wurden die Feststellungen ohne nähere statistische Erhebungen, rein willkürlich, getroffen. So kam es, daß in manchen Bezirken die Ortslöhne bis auf 1,20 Mk. für erwachsene männliche Arbeiter herabgingen. Dagegen gibt es einige Orte, in denen sie für die gleichen Arbeiter auf 4 Mk. festgesetzt sind. Das sind ganz gewaltige Unterschiede. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Feststellungen meist zu niedrig getroffen sind. Das verursacht große Schädigungen der Arbeiter, weil dann ihre Ansprüche entsprechend niedriger sind. Es liegt daher im Interesse der Arbeiterschaft, wenn ihre dazu berechtigten Vertreter in den Versicherungsämtern usw. bei der bevorstehenden Neufestsetzung versuchen, die Sätze den wirklichen Verhältnissen anzupassen.

Für das Gebiet der Freien und Hansestadt Lübeck ist der Ortslohn wie folgt festgesetzt worden:

	Für die Stadt Lübeck u. deren Vorstädte		Für die Landbezirke	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
a) Für Versicherte über 21 Jahre	4.—	2.40	3.00	2.—
b) „ Versicherte von 16 bis 21 Jahren	3.—	2.40	2.40	1.70
c) „ junge Leute von 14 Jahren an (zu denen auch die Lehrlinge zählen)	1.70	1.50	1.50	1.30
d) „ Kinder unter 14 Jahren	—15	—15	—85	—80

Diese Festsetzung tritt mit dem 1. Januar 1914 in Wirksamkeit und gilt bis zum 31. Dezember 1914.

pb. Wer ist die Tote? Am 19. d. M. wurde am Ostseestrande unweit des Brodtener Ufers die Leiche einer unbekannten Frauensperson gefunden, die ihrem Aeußeren nach erst kurze Zeit im Wasser gelegen haben kann. Die Verstorbene war bekleidet mit grünem Tuschokäm, durchlöcherter gelblich wollener Bluse, schwarzem Normal-Unterrock, unten mit einem etwa 1/2 Meter breiten Streifen Seide befestigt, weißem leinenen Oberhemd mit Spitzen am Hals und an den Ärmeln, weißen Feinleindern mit Spitzen, grauem Korsett, schwarzen Strümpfen mit blauroter gestreifter Strumpfhalter, schwarzen Schürstiefeln, an der Bluse befindet sich eine Brosche mit drei japanischen Münzen. Die Verstorbene dürfte etwa 30 Jahre alt sein, ist 1,75 Meter groß und hat längliches Gesicht, hochstehendes Nasenbein, graublau Augen, volle Zähne, dunkelblondes Haar und gutgepflegte Hände. Im Wasser in der Nähe der Leiche lag ein braunes Portemonnaie, enthaltend einen geringen Geldbetrag, mehrere Briefmarken, sowie einen kleinen gelben Zettel mit der Aufschrift K. Weinbrecht, Neubau, Post Nictelberg, Bayern. Es scheint Unglücksfall oder Selbstmord vorzuliegen. Personen, die über die Persönlichkeit der Ertrunkenen sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei, Lübeck, Schüsselboden 16, oder im Polizeibureau in Travemünde zu melden, woselbst Photographien der Leiche ausliefern.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 18. d. Mts., abends gegen 8 1/2 Uhr, ist in Rüdning vor dem Hause des Schankwirtes Harder ein Fahrrad ohne Markenschild mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach unten gedogener Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 2333 abhandelt gekommen und vermutlich gestohlen worden. — Am 16. d. Mts., in der Zeit von 8—9 Uhr abends, ist vom Hof eines an der Schwarlaueer Allee belegenen Hauses ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, gerader Lenkstange, Freilauf, Rücktrittbremse und defektem Sattel abhandelt gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Verschwundene Papiere. Am 14. d. Mts. sind in der Königstraße auf den Namen des Kontoristen Bruno Schneider lautende Papiere, als: 1 Militärpaß, 1 Führungszeugnis, sowie einige Photographien und 2 Ansichtspostkarten, die sich in einer rötlichen Ledertasche befanden, verloren gegangen.

pb. Entwandeter Ring. Am 18. d. Mts. ist einem Hofbesitzer in Zarnen ein goldener Damenring mit 3 Brillanten in Rubin und 2 Rubinen in Gold gestohlen worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Ring hier zum Kaufe angeboten oder verpfändet wird. Die Goldwarenhandler, Trödler und Pfandleiher werden ersucht, auf den Ring zu achten.

E. Tutin. Gemeinderatssitzung am 17. Oktober. Ein Antrag der Stadterordneten, den Magistrat zu ersuchen, bei der nächst tagenden Provinzialrat und Landtag eine Abänderung der Gemeindeordnung zu erwirken und zwar darin, daß das Gemeindesteuerverfahren mit dem Neujahr der Einkommensteuer zusammenfällt. Der Antrag wurde angenommen. Söffentlich läßt diese Abänderung nicht lange auf sich warten,

denn das jetzige System ist für die Bürger ein wahrer Nebelstand. Die Einwohner von Eibersdorf hatten zur Errichtung der Fähr über den großen See 90 Mark bewilligt; da sie nun anderen Sinnes geworden sind, verweigern sie jetzt das Geld mit der Begründung, daß sie obengenannte Summe nur zum Bau einer Brücke zur Verfügung gestellt haben. Der Magistrat wird ermächtigt, diese 90 Mark einzufordern. — Die neue Realschule, welche so ziemlich fertiggestellt ist, soll am 28. d. M. eingeweiht werden; zu diesem Zwecke wurden die Gemeinderatsmitglieder eingeladen, insbesondere der Herr Großherzog, der ja auch der Stadt erlaubt hat, die Schule nach seinem Namen zu nennen. Abends war von Seiten des Magistrats ein Bierabend geplant; natürlich sollte wieder auf Kosten der Steuerzahler gegessen und getrunken werden, doch die Stadtväter dachten anders und lehnten das ab. Wir könnten diesen Beschluß nur gutheißen. Anschließend hieran entspann sich noch eine recht lebhaftige Debatte, weil, wie von allen Seiten erklärt wurde, die übergroße Mehrzahl der Bürger tutins der Meinung ist, daß der Bau viel mehr Geld verschlungen hat als veranschlagt worden ist. Ob die Ansicht die richtige ist, wird die Zukunft zeigen. — 1250 Mark wurden bewilligt zur Anlegung eines Wasserleitungsnetzes nach dem Kasernenplatz. — Herr Plump, welcher unfern Leizen noch von der vorigen Sitzung bekannt ist, nimmt sich heraus, auf Straßen, welche städtisches Eigentum sind, dem Genossen Lebensdorf das Fahren zu verbieten. Dem Herrn soll nun vom Magistrat beigebracht werden, daß er sich hier auf dem Holzwege befindet und dieses zu unterlassen habe.

Hamburg. Ausgewiesen! Die Polizei der Freien und Hansestadt Hamburg hat einen Ausländer, der sich aus irgendeinem Grunde „lästig“ gemacht hat, ausgewiesen. Es ist der Genosse Steinhardt, Mitglied des deutschen Buchdruckerverbandes, den nach elfjährigem Aufenthalt in Hamburg diese harte Maßregel trifft. Womit sie gerechtfertigt werden soll, läßt sich nur vermuten, da die Polizei die Gründe nicht bekannt gibt. Genosse Steinhardt hat im hiesigen Buchdruckerverein, dessen Vorstand er angehört, bei seinem Abschied seine Meinung dahin geäußert, daß gewisse Scharfmacher unter den Buchdruckerprinzipalen ihn der Behörde den unzugewert hätten, weil er sich der Lehrlinge im Buchdruckerberuf angenommen, für sie Vorträge und Führungen veranstaltet hatte. Das ist nämlich die einzige Tätigkeit Steinhardts gewesen, die als „staatsgefährlich“ in Betracht kommen könnte. Denn daß er zeitweilig bei Auer & Co. als Setzer gearbeitet hat, kann doch kein Ausweisungsgrund sein. Die Vermutung, die Steinhardt selbst hegt, gewinnt sehr an Wahrscheinlichkeit, wenn man Einblick erhält in das Unterdrückungssystem, das von den Buchdruckerprinzipalen gegen jede freie Regelung der Lehrlinge angewendet wird. Kein Lehrling darf, so heißt es da im Schreiben eines Buchdruckerbesizers an den Vater eines Lehrlings, an einer Versammlung oder Vereinigung teilnehmen, wenn er dazu nicht die ausdrückliche Genehmigung des Lehrherrn hat. Und zu der Zusammenkunft, die Genosse Steinhardt arrangierte, gab es eben keine Erlaubnis. Da wurden die Lehrlinge mit sofortiger Entlassung bedroht unter dem Hinzufügen, daß sie dann auch in keiner andern Buchdruckerlei die Lehrzeit beenden könnten. Es scheint, als ob das alles nicht viel genutzt hat. Die Veranstaltung des Genossen Steinhardt, die sich übrigens von jeder Agitation fernhielt, muß den Lehrlingen so willkommen gewesen sein, daß sie trotzdem noch daran teilnahmen. Und da verfiel man wohl auf den zwar nicht sehr anständigen, aber verflucht gescheiterten Gedanken, daß durch eine Denunziation gegen den „Ausländer“ der unheimlichen Sache ein Ende gemacht werden könnte. Bitterkeit spielte auch Steinhardts energisches Eintreten für die Gehilfeninteressen bei verschiedenen gewerkschaftlichen Konflikten eine Rolle mit. Genug! Der „Aufwiegler“ ist vertrieben und wir Hamburger haben einen Grund mehr, auf die haseatische Freiheit stolz zu sein.

Reumünster. Brand im Warenhaus. In der Nacht vom 17. auf den 18. d. Mts. im Warenhaus von Rudolph Karstadt verursachte ein im Entfachen entdecktes Feuer 20 000 Mk. Schaden.

Kiel. Militärjustiz. Am 15. April verurteilte das Kriegsgericht den Zimmermannsgast L. von der Werkdivision wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten und Widerlegung in je einem Falle zu der hohen Strafe von einem Jahre und drei Tagen Gefängnis. L. hatte sich am 16. Februar einen Rausch angetrunken. In der Prinz-Heinrichstraße hatte er einen Maschinenmaaten nicht gegrüßt. Dieser stellte ihn zur Rede und nahm ihm die Mütze ab, um seinen Namen festzustellen. Der Maat will nun von dem L. dreimal mit Füßen gestoßen bezw. geschlagen worden sein. Als der Maat den L. mit zur Wache nehmen wollte, soll dieser sich losgerissen haben und davongelaufen sein. Viel Klarheit scheint in diese Angelegenheit nicht gekommen zu sein, denn das Kriegsgericht hielt nur einen tätlichen Angriff und die Widerlegung durch das Losreißen für erwiesen. L. legte gegen das Urteil des Kriegsgerichts Berufung ein und behauptete, in einem pathologischen Rauschzustand gehandelt zu haben. Vor dem der Anklage zugrunde liegenden Vorfall war er in einer Wirtschaft gewesen, wo er sich so auffällig benommen hat, daß man annehmen mußte, er hat einen ganz gehörigen Rausch gehabt. Er ist beim Tanzen umgefallen, au pfiel er vom Stuhl und wie er hinausgehen wollte, verwechselte er die Tür mit einem Fenster, indem er statt durch die Tür durchs Fenster ging. L. ist dann in der Nervenklinik auf seinen Geisteszustand beobachtet worden. Ueber diese Beobachtung jagte der Oberarzt der Nervenklinik, Dr. Runge, in der Berurteilung vor dem Oberkriegsgericht der Dissektion aus, daß die Möglichkeit eines pathologischen Rauschzustandes nicht so ganz absolut auszuschließen sei. Derartige Zustände verlaufen so verschiedenartig, daß der Arzt sich eigentlich nur ein klares Bild machen kann, wenn er den Mann in diesem Zustande selbst gesehen hat. Eine nervöse Grundlage, die für das Vorhandensein eines pathologischen Rauschzustandes erforderlich ist, sei bei dem Angeklagten vorhanden. Der Arzt sagt also nicht direkt, daß der Mann zur Zeit der Tat nicht zurechnungsfähig war, er sagt jedoch bestimmt, daß die Grundlagen dafür bei dem Manne vorhanden sind. Wenn also darüber ein Zweifel besteht, sollte man doch zugunsten des Angeklagten entscheiden, denn es soll doch allgemein der Grundsatz gelten: Im Zweifelsfalle für den Angeklagten. Das Oberkriegsgericht entschied jedoch, daß der Angeklagte nicht im pathologischen Rauschzustand gehandelt hat, es sei nur ein einfacher Rauschzustand gewesen. Zu dieser Entscheidung ist das Oberkriegsgericht auf Grund „eigener Wahrnehmung und Sachkenntnis“ gekommen, wie in der Urteilsbegründung gesagt wurde. Es wurde jedoch nicht tätlicher Angriff, sondern nur Widerlegung in zwei Fällen angenommen. Als Strafe wurden neun Monate Gefängnis festgesetzt. Außerdem wurde auf Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenlandes erkannt. Von der Unteruchungshaft wurden 14 Tage angerechnet. — Nach diesem Urteil besitzen die Mitglieder des Oberkriegsgerichts also mehr Sachkenntnis auf dem Gebiete der Psychiatrie, als der medizinisch vorgebildete Arzt, dessen Sachkenntnis übrigens schon von vielen Gerichten anerkannt worden ist.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: J. H. Schwark, Druck: Friedrich Meiser & Co. Sämtlich in Lübeck.

„Unsere Marine“

Schlager in Qualität!

Beste 2 Cigarette



GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
Grösste deutsche Cigarettenfabrik

7928

Verkauf lebender Butt
vom Boot aus
am Dienstag, dem 21. Oktober
vormittags von 8 Uhr ab an der
Dankwartsbrücke,
Holstenbrücke,
Drehbrücke,
Eufiner Brücke
und
Mühlentorbrücke. 7919

Komitee und
Kommissionssitzungen

Jugend-Ausschuss.
Morgen Dienstag, abds. 8 Uhr
Sitzung
im Jugendheim. (7935)

Ida Stapffeld-
Otto Niemann (7928)
Verlobte.
Lübeck a. J. Kiel. Kiel-Hajee.
Kiel, den 18. Oktober 1913.

Lüchlige
Maler od. Anstreicher
7929) gesucht.
Aug. Hardekopf,
Kronsforder Allee 22.

Gut möbl. Zimmer 3. verm.
7894) Hasenbörner Allee 25 I.

1 Sofa und 4 Polster-Stühle
zu verkaufen.
7921) Kniek, Moisling.

1 Sofa, 1 Stuhl, 1 Verti-
kale mit Matras billig zu ver-
kaufen. (7924) Sanger Lohberg 53.

In taunen gesucht ein kleines
Haus mit 2-3 Zimmern, Wohnungen
Holstentor-Str. oder Burgstr. An-
gebote unter MB an die Exp. d. Bl.

Gejacht ein schw. sehr gut erhalt.
Heberzieher u. 1 Motor für Pflanzen
müllern im alten Wann. Angebote
unter T S 18 an die Exp. d. Bl.

Lüchlige Schneiderin empfiehlt
sich zum Anfertigen von modernen
Damen- und Kindergarderoben.
7920) Friedenstraße 49. part.

Dr. Winkelmann
7903 Stockelsdorf
bis Anfang November verreist.

Käse-Lager Schlammacherstr. 12
Detail-Verkauf a. d. Diele. (7466
la. Schweizerkäse) 70 Pfg.
Holl. Rahmkäse 70 Pfg.
Tilsiter Vollfettkäse 50-70 Pfg.
la. Limburgerkäse 40 Pfg.

Visitkarten
— H. Ellensbierkarten —
100 Stück von Mk. 1.— an
best.
Die Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 46.

Den Mitgliedern zur Kenn-
nis, daß die Rückversicherungs-
gebühr für Schlachtschweine
pro Schwein von 70 Pfg. auf
1 Mt. erhöht ist.
Schweineversicherungs-Gilde
St. Gertrud Lübeck.

7981 Der Vorstand.
Vereinigte
Butterhändler
von Lübeck
und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. 1.50 Mk. (7932)
Anerkannt billige und gute

Uhren-Reparatur-Werkstatt
Aug. Büttner, Uhrmachermeister
7933) 32. Huxstraße 32.
Wecker von 1.85 an. Kapsel 35 4

Bestes
Ragoda Schnell-
Wäsche-
Mittel **Ohne Chlor.**
Garantiert unschädlich.
Schnelweise Wäsche.
Überall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg.
Zur Einführung bis Ende 1914
gegen ausgeschn. Gutschein von
5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder
1 Schere usw. (1823
10) 1 echt silb. Kollier, 3 Neu-
silber-Eßlöffel usw.

Weckuhren
Taschenuhren, Gold-
waren, Silberwaren
empfiehlt (7936
Willi Westfeling
32 Holsten-
strasse 32

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Artikel**
kaufen Sie billig und reell bei
Markt Otto Albers Kohlmarkt
4. 10.
3. kompl. Betten v. 12.50 Mt. an,
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mt.
62) Rote Labeca-Marken.

Deutscher
Holzarbeiter-Verein.
Zahlstelle Lübeck.

Branchen-Versammlung
der
Bürstenmacher
am Dienstag, d. 21. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
Die Bürstenmacher-Kommission; in
Berlin, ebenfalls Wahl eines
Delegierten.
Vollständiges Erscheinen der Mit-
glieder ist dringend notwendig.
7934) Der Einberufer.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden
und seine Bücherei auf billigste
Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete
dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden
Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde
(Sitz Stuttgart)
bei. Für den geringen Jahresbeitrag von
nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch
die Post d. Porto) erhält man kostenlos:
1. die reichillustrierten Monatshefte
Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde
mit den Beiblättern:
Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photo-
graphie und Naturwissenschaft — Technik und
Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld —
Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.
2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von
Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung
fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche,
Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim.
Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr.
H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A.
Zart, Atome und Moleküle.
Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede
Buchhandlung entgegen,
wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“, Stuttgart.
Probehefte und Prospekte postfrei!

Oeffentliche
Schuhmacher - Versammlung
am Dienstag, dem 21. Oktober 1913
abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:

1. Die Lohn- und Arbeitsstämpfe im Schuhmacher-
gewerbe und was lehren uns dieselben.
Referent: Reichstagsabg. Kollege W. Haupt, Magdeburg.
2. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.
7930

Deutscher Transportarbeiter-Verein.
Ortsverwaltung Lübeck.

Gemeinschaftliche
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 21. Oktober 1913
abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 3. Quartal 1913.
3. Bericht vom Kartell.
4. Aufstellung von Kandidaten zur Generalversammlung
der Ortskrankenkasse.
5. Verschiedenes.
7922) Der Vorstand.
NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig.
D. O.

Achtung Schneider!
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 21. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Wahl der Ortsverwaltung.
3. Kartellbericht.
4. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
5. Verschiedenes.
7937) Die Ortsverwaltung.

Kolosseum.
Donnerst., Freitag d. W.
8 1/2 Uhr. Einlaß 7 1/2 Uhr.
Stuart Lancourt.
Der weltbekannte Anti-Mystiker
und Spiritisten-Entlarver.
Großart. absolut unbegreifliche
Experimente u. Phänomene a.
d. Spiritismus u. d. gesamten
Taschenspielerel und deren
sofortige Enthüllung.
Das zweifell. interessanteste
Ereignis auf diesem Gebiet.
Billetts: 30, 50, 75 Pfg. u. 1 Mk.
jedoch nur für Inhaber von
Einladungskarten, die recht-
zeitig verteilt werden.
Vorverkauf bei Niemeyer,
Breite Straße. (7765)
Ohne Einlaß-Karte
doppelte Preise.

„CINES“
Hansa-Theater.
Cleopatra
Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt.
Drama in 5 Akten.
Der größte Erfolg, den je ein
Film in Deutschland hatte.
Vorstellung 4 1/2 u. 8 1/2 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr.
Eintrittspreise von 25 Pf. an.
Vorverkauf bei (7840
Rudolph Karstadt.

Neues Stadttheater.
Montag, den 20. Oktober 1913.
31. Vorst. i. B.-Ab. 5. Vorst. i. Mt.-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 11 Uhr.
Auf Wunsch:
Faust
von Goethe.
Mittelpreise.
Dienstag, den 21. Oktober 1913.
31. Vorst. i. B.-Ab. 6. Vorst. i. Mt.-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
Die deutschen Kleinfäden
Lustspiel von Koghne.
Mittelpreise. (7926)

Völkerschlachten und Klassenkämpfe.

Die Landwehr als Ketterin in der Not.
Mit Freuden vernehme ich, daß die Bildung der Landwehr bei Ihnen so trefflich von Statten geht. Auf eine solche Entwicklung des Nationalgeistes war von jeher mein Streben gerichtet; auf sie allein setzte ich meine Hoffnungen; ohne sie wird das Wirken der stehenden Armee immer gefährdeter sein; mit ihr darf man Unfälle nicht mehr fürchten. Alle Operationen der Armee kann man, wenn die Landwehr und der Landsturm gebildet ist, auf diese mit Sicherheit gründen. In dieser Ueberzeugung, welche der General von Scharnhorst völlig mit mir teilt, haben wir beide eine Schrift auf den Hof gelangen lassen, worin wir unsere Ansicht entwickeln und mit Gründen unterstützen und uns erklären, daß wir ohne Landwehr und Landsturm für einen glücklichen Erfolg einstehen können.
Gneisenau an Eichhorn aus Rochlitz, 11. April 1813. Berk, Gneisenau, II, 561.

Tapferkeit der Landwehr und Raubsucht der Kosaken.

Du kannst nicht glauben, was unsere Landwehren brav sind, auch die Russen, die ich bey mich habe, sind sehr brav, die Kosaken stehlen aber wie die Raben.
Blücher an Bonin aus Baugen, 22. September 1813. Blücher in seinen Briefen, S. 33.

Die Leipziger Schlachtbank.

Mit welchen Strömen von Blut die Freiheit der Welt erkauft ist, davon mag man nur wenig Begriff anderwärts haben. Vier Tage lang hat sich die schlesische Armee geschlagen. Von den 103 000 Mann, die sie am Anfang des Feldzuges stark war, ist sie auf 40 000 Mann geschmolzen. . . . Auf Meilen weit sind die Felber mit Toten, Verstümmelten und Verwundeten bedekt. . . . Noch des andern Tags lag alles voll Sterbender, Leichname von Menschen und Pferden, Trümmer, umgestürzte Kriegswagen, Waffen, Sättel. Die Erde war mit Blut getränkt. Es war dies ein jammervolles Schauspiel des höchsten menschlichen Elends.
Gneisenau an die Prinzessin Luise von Preußen aus Freiburg an der Unstrut, 22. Oktober 1813. Berk, Aus Steins Leben, I, 702, 3.

Wem der Zusammenbruch des Bonapartismus nicht zu danken ist.

Napoleon ist geschlagen, in unordentlicher Flucht. Wir verdanken dieses große Resultat nicht dem Einflusse feiger Staatsmänner und elender Fürsten; es ist hervorgerufen durch zwei blutige, tatenvolle, lorbeer- und tränenreiche Feldzüge.
Stein an seine Frau, 21. Oktober 1813. Berk, Leben Steins, III, 433.

Goethe über den „Sieg der Freiheit“

Sie sprechen von dem Erwachen, von der Erhebung des deutschen Volkes und meinen, dieses Volk werde sich nicht wieder entreißen lassen, was es errungen und mit Gut und Blut teuer erkauft hat, nämlich die Freiheit. Und was ist denn errungen oder gewonnen worden? Sie sagen, die Freiheit; vielleicht aber würden wir es richtiger Befreiung nennen; nämlich Befreiung nicht vom Joch der Fremden, sondern von einem fremden Joch. Es ist wahr: Franzosen sehe ich nicht mehr und nicht mehr Italiener, dafür aber sehe ich Kosaken, Baskiren, Kroa-

ten, Magyaren, Kassuben, Samländer, braune und andere Huzaren. Wir haben uns seit einer langen Zeit gewöhnt, unseren Blick nur nach Westen zu richten und alle Gefahr von dorthin zu erwarten; aber die Erde dehnt sich auch noch weithin nach Morgen aus.
Goethe im Gespräch mit Luben, kurz nach der Leipziger Schlacht. Luben, Rückblicke in meinem Leben, S. 121, 2.

Stimmungsbild vom Frankfurter Fürstenkonvent.

Die Sintflut von Prinzen und Souveränen beginnt sich zu verlaufen; sie sind viel besser behandelt worden, als sie verdienten. . . . Der lächerlichste und zugleich abscheulichste ist der Württemberger Tyrann, ungeheuer an Gestalt und Stolz; seine Feigheit und Völlerei — es ist unmöglich, daß dieser Mensch nicht ein solchen Charakters würdiges Ende habe. Alle diese anderen Prinzen sind schwache Leute, sehr erstaunt, daß man soviel Umstände mit ihnen macht und ihnen ein viel ehrenvolleres Dasein zugestehet, als sie durch ihr erbärmliches Betragen verdienen.
Stein aus Frankfurt a. M. an seine Frau, 27. November 1813. Berk, Aus Steins Leben, I 731.

Revolution und Demokratie.

Auch hat die fürchterliche französische Revolution, die wir jetzt unsere, die europäische Revolution nennen müssen, uns heller als das Sonnenlicht gezeugt, daß der alte Zustand Europas vergangen war und vergangen ist, daß wir in den Vorhallen einer neuen Zeit stehen.
Arnold, Ueber künftige ständliche Verfassungen in Deutschland. (1814.) Schriften für und an seine lieben Deutschen, Bd. II, 82.
Alle Staaten, auch die noch keine Demokratien sind, werden von Jahrhundert zu Jahrhundert mehr demokratisiert werden.
Ebenda, S. 99.

Gneisenau über den Wiener Kongreß.

Uebrigens ist das dortige gesellschaftliche Treiben des hohen Zweckes unwürdig, wegen dessen man sich versammelt hat. So wie bei dem Beitritt Oesterreichs zur Koalition wohlthätig, so wirken hier entzweiend die Huren, und es sind darüber hier die ärgerlichsten Anecdoten im Umlauf. Um Metternich seinerseits wieder zu ärgern, hat der Kaiser Alexander dessen Geliebte gezwungen, ihm zu entlagen und dessen Nebenbuhler, den Fürsten von Windisch-Grätz, in ihre (letzte?) Gunst einzusetzen. Man wird an der Vorherung irre, wenn man sieht, welcher Mittel und Personen sie sich bedient, um die Welt zu verwirren, zu versöhnen und zu retten.
Gneisenau an Clausewitz aus Berlin, 12. Dezember 1814. Berk-Dehrbrüd, Gneisenau, IV, 302.

Pessimismus Steins.

Oesterreich billigt den Widerstand der Fürsten gegen Einrichtung von Landständen. Preußen zaudert, sich den Wünschen eines Volkes hinzugeben, dessen unermeßliche Opfer wohl die Treue bewiesen haben; der König schwankt; der gute Greis an der Spitze (Gardenberg) wird erdrückt vom Gewicht der Geschäfte, da er das einzelne tun will und nicht wagt, sich mit kräftigen Männern zu umgeben und sich ihnen anzuvertrauen; er hängt an den kleinlichen Ruhm, alles selbst zu tun, und fürchtet, in einen Weg gezogen zu werden, den er nicht kennt. Da ich auf diese Weise die allgemeine Lage der Geschäfte ansehe, so ist es natürlich, daß ich mich in mich selbst ver-

schließe, da ich nicht durch Venter zur Tätigkeit berufen bin. Ich ziehe es vor, mich mit jeder anderen Sache zu beschäftigen, als mit einer gehässigen Gegenwart.
Stein an Capodistria, Mailau, 21. Juni 1816. Berk, Aus Steins Leben, II, 312.

Arnold gegen die Reaktion.

Verwirrung und Bosheit ist bei denen, deren kleinem Sinn und kleinem Mut die Zeit und ihre Gewalt zu mächtig ist. Diese schreien: Weg mit eurem neuen Deutschland, mit eurer Deutschheit, eurer Landwehr, mit eurer Pressefreiheit und euren Verfassungen! Zurück, zurück, damit wir die Frömmigkeit, den Gehorsam, die Ruhe und das Glück der guten, alten Zeit wiederbekommen. Sie meinen die schlechte Zeit von 1580—1790, die schlechteste Zeit, welche Deutschland je gehabt hat; sie meinen Bequemlichkeit und Faulheit, Gleichgültigkeit gegen Volk und Vaterland und gegen alle politischen Dinge, blinden Gehorsam unter dem Stoch, Fronpflichtigkeit, Leibeigenschaft, Kantonwesen und andere Sauberkeiten. Diese Art kennt man daran, daß sie immer klagte: Diese Zeit rasonniere zuviel.
Arnold, Geist der Zeit, IV (1818), S. 27.

Aber sollten die Finsterlinge und Ankläger und Besetzter der Zeit siegen und uns durch Rede und Schrift überwältigen, sollen die Schergen der Dummheit und Faulheit deutsche Menschen zu stummen und hündischen Knechten machen. . . . dann hätten Gott und Schicksal in den letzten Jahren ein furchtbar ironisches Spiel mit uns gespielt, eine Tragikomödie, wie sie die Geschichte nicht kennt.
Ebenda, S. 89.

Auf der Schädelstätte von Waterloo.

Recht so! — Mag Frankreich jetzt in Fesseln schäumen! Wohl knirscht's am Zaum, doch sind wir freier heut? Schlag sich die Welt, um einen fortzuräumen, Nicht, um die Könige Gerechtigkeit zu lehren? — Wie, der aufgefärten Zeit Soll Knechtschaft neu geflickt als Götze dienen? Soll, wer den Löwen schlug, jetzt dienstbereit Dem Wolf sich beugen, mit ergebenen Mienen Vor Thronen knechtlich knien? Erst prüft, dann huldigt ihnen.
Ebenda, S. 89.

Wo nicht, was prahlt ihr mit des Zwinaherrn . . . ?

Umsonst dany bleichte Gram die Rollenwangen, Als des Zerstörers Fuß die Hüften alle Europas niedertrat; umsonst vergangen Sind Jahre dann voll Knechtschaft, Todesbängen. . . .
Byron, Child Harold, 3. Gesang. (1816.) Uebersetzt von Janert.

Kolonialhyänen.

Von amtlicher Seite wird jetzt in einem Spezialfall bestätigt, was die Sozialdemokraten so oft gesagt haben, daß die Kolonien nur dazu dienen, dem heutzutageigen Kapital Gelegenheit zum skrupellosen Zusammenraffen von Gewinnen zu geben. Vor Jahren schon mußte der damalige Staatssekretär Dernburg zugestehen, daß, wenn die sprudelnde Ausraubung Kameruns so weitergehe, ein Ende mit Schrecken erfolgen werde. Er schilderte damals in der Budgetkommission des Reichstags, mit welcher Gewissenlosigkeit die Händlerkarawanen von den kapitalistischen Gesellschaften ausgerüstet, oder besser gesagt, nicht ausgerüstet werden, wie diese

Der Baldamus und seine Streiche.

Von Oskar Wöhrl.

(15. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.
Erst in der Nacht erfahen wir unsere furchtbare Lage. Wasser hatten wir keinen Tropfen mehr. Der einzige Brunnen war verunreinigt und außerdem von einem uns an Zahl überlegenen Feinde besetzt. Das Gewinsel der um Kühlung und Wasser schreienden Verwundeten wurde unerträglich. Der Mühlbauer nahm mich auf die Seite und gab mir ein Papier mit einigen Gramm Arsenik. Er sagte: „Für den Fall, daß du der braunen Kanalle in die Hände fällst. Wenn du freisen tust, bist gleich hin und brauchst nicht die Schinderei mitzumachen. Ich hab mich auch vorgeesehen.“ Dann wurde Beratung gehalten. Wagt Mann bleiben für alle Fälle im Schutzbüchlein. Wir anderen legten uns nieder und schliefen trotz aller Schrecknisse. Als ich erwachte, leuchtete der helle Tag. Die nicht Aussicht hielten, puzten die Gewehre. Die Toten waren schon begraben, mit ihnen auch der kleine Bayer, der die Nacht nicht überstanden hatte. Von den Feinden war keine Spur zu sehen, auch sie hatten ihre Toten weggeschafft. Doch keiner traute der Stille, alle fühlten, daß dieser scheinbare Rückzug nur eine List war, um uns sicher zu machen und zum Verlassen der Station zu verleiten. Obwohl wir das durchschaute, mußten wir hinaus. Ohne Wasser konnten wir nicht existieren, schon jetzt machte uns der Durst halb verrückt. Zwanzig Mann stark versuchten wir den Brunnen zu erreichen und unsere drei Kessel zu füllen. Die andern blieben als Deckung zurück, die Gewehre im Anschlag und schußfertig. Wider Erwarten kamen wir unbehindert zum Brunnen und in die Station zurück. Das war doppelt auffällig. Sollte das Wasser etwa vergiftet sein? Wir ließen es bis zum Abend stehen, dann aber tranken wir, mochte kommen, was wollte. Es passierte aber nichts.
Am andern Morgen begriffen wir den plötzlichen Rückzug der Araber. Unsere Abflucht rückte heran, das mußte ihnen von Späher gemeldet worden sein. Das Fragen und Durcheinanderreden wollte kein Ende nehmen. Immer und immer wieder mußten wir erzählen. In der Zeit nahmen der die Abflucht kommandierende Leutnant und der Mühlbauer ein Protokoll auf, das wir alle unterschreiben mußten. Zwei Tage später traf der frische Provianttransport ein. Wir halfen noch ein wenig beim Auspacken und traten dann den Rückmarsch nach dem Fort an, ohne daß sich etwas Außergewöhnliches ereignete. 53 Mann stark waren wir ausmarschiert, nur 27 kehrten zurück. Denn auch die Verwun-

deten, die ja nicht marschfähig waren, hatten wir auf der Station zurücklassen müssen.

Auf dem Fort selber hatten wir eine Woche lang Ruhe. Nur der Kommandant ließ uns verschiedene Male zu sich kommen und hörte jeden einzelnen aus. Doch müssen ihn unsere Angaben befriedigt haben.

Mitte Januar gingen nach Bistra zurück. Hier wurde ich krank; doch ließ ich mir nichts anmerken, so daß ich noch die Fahrt nach Algier mitmachen konnte. Hier aber überfiel mich das Fieber mit aller Gewalt. Ich kam ins Lazarett und lag auf Leben und Tod. Als es mir wieder besser ging, sagten meine Betnachbarn, daß ich oft nächtelang phantasiert und geschrien habe. Der Stabsarzt, der mich behandelte, war aus dem Elsaß gebürtig und nicht weit von mir daheim. Er nahm sich meiner an, wo er nur konnte, und erwirkte mir manche Vergünstigung. So setzte er durch, daß ich zur Ausheilung in ein Genesungsheim nach Frankreich geschickt wurde, in der Nähe von Marseille. Als ich wieder europäischen Boden unter meinen Füßen hatte, wußte ich, daß ich freiwillig nicht mehr zurückkehren würde. Sechs Wochen war ich in der Anstalt und freute mich meines Lebens. Ich blühte ordentlich auf, nahm zu und machte mir keinerlei Sorgen um die Zukunft. An einem Samstag mittag rief mich der Chefarzt auf die Schreibstube und teilte mir mit, daß ich am Montag früh wieder zum Regiment zurückkäme. Ich wartete aber den Montag morgen gar nicht ab, sondern machte mich schon in der Sonntagnacht auf und davon. Als ich um 12 Uhr zur Saaltür hinauswollte, sah mich ein Krankenwärter und fragte mich: wohin? Ich sagte, auf das Cabinet, schlief mich aber in die Anlagen hinaus und erklomm die Mauer. Oben zauderte ich einen Augenblick. Nein, es gab keinen andern Ausweg als die Flucht, selbst auf die Gefahr hin, getappt und zurückgebracht zu werden. Vorwärts! Als ich die Mauer hinunter gesprungen war, blieb ich einen Augenblick stehen und lauschte. Nichts rührte sich. Vorsichtig schlich ich weiter. Als ich mich weit genug glaubte, fing ich an zu rennen, so stark ich nur konnte. Manchmal legte ich mich auf den Boden, um besser zu verschleißen.
Erst gegen Tagheitere sah ich das Meer. Jetzt mußte ich genau, wie ich zu gehen hatte. Freilich hieß es ganz doppelt und dreifach aufpassen. Ohne Mühe, im Legionsrock und den braungefleckten Knantenhaushosen mußte ich überall auffallen. Auch konnte ich mir denken, daß bald die Gendarmen benachrichtigt sei und mich suchte. Darum perspektierte ich mich im dicken Wald, schlief und wartete, bis es nachtete. Erst dann wagte ich mich weiter. Ich rief mir die beiden Rockhöfe ab, ebenso den Uniformtragen, auch die

Epaulettes, die blanken Knöpfe und dachte, so werde ich weniger Aufsehen machen. Ortschaften und menschliche Wohnungen vermied ich, wo ich nur konnte, lieber nahm ich stundenweite Umwege. Wenn ich einmal durch eine Stadt mußte, dann nur in der tiefsten Dunkelheit; hab da noch oft genug Todesängste ausgestanden. In der ersten Zeit waren Feigen meine einzige Nahrung. Ich stahl sie von den Bäumen herunter, wo ich sie fand. Schließlich konnte ich keine mehr essen; von dem scharfen Saft waren meine Lippen aufgeprungen, sie bluteten oft und schmerzten unendlich. Im Hunger fraß ich auch Gras und Kräuterkengel und grub Baldwurzeln aus. Da ich nie satt wurde davon, torlekte ich oft mehr als ich ging und mußte stundenlang verasten. Wenn ich irgendwo Menschen sah oder ein Pferd traben hörte, wurde ich vor Angst halb verrückt. Blutt warf ich mich auf den Boden, nahm meine Schutzhülle fester in die Hand und dachte: eher kriechen als noch einmal zurück.

Der Hunger nahm täglich zu und machte mich froh. So redete ich in der Dunkelheit einen betrunkenen Bauern an, der mit seinem Leitwagen vom Jahrmarkt heimfuhr. Er hieß mich aufsteigen. Während er schwauzerte und mich ausfragte, stahl ich ihm aus der Manteltasche Brot und Käse. Später bog er in einen Nebenweg ein, ich stieg ab und nahm noch eine Flasche Wein mit, ohne daß ers merkte. Im Graben setzte ich mich nieder, aß und trank alles bis auf den letzten Rest und ging frisch weiter. Ja, ich war so sorglos, daß ich auch weiterhin die Straße benutzte, obgleich heller Mondlicht lag. Auf einmal hörte ich leises Wimmern und Klagen. Als ich zurückschaute, sah ich etwa zwanzig Schritte von der Straße entfernt im Baum Schatten einen Menschen liegen. Ich ging auf ihn zu und fragte, was ihm fehle. Er sagte, es sei ihm unwohl geworden, er könne sich kaum mehr rühren, ich möchte doch so gut sein und ihn aufrichten, näher an den Baum hinsetzen und dann Hilfe holen. Ich hatte Mitleid mit dem struppigen Kerl und stellte mich mit gespreizten Beinen über ihn. In dem Moment, da ich mich bückte, um ihn zu fassen und in die Höhe zu heben, griff er blitzschnell zu und packte mich am Kehlkopf, daß mir der Atem verging. So, ists die Zeit? dachte ich, gab mir mit letzter Kraft einen Stoß, machte die rechte Hand frei und ließ ihm zwischen seinen Armen hindurch einen solchen Boxerstoß aufs Kinn, daß er seinen Schrei ausstieß und mich fahren ließ. Ich wurde wild. Er lauschte und flimmerte mir nur so vor Augen und ich schlug und trat ihn, bis ich nicht mehr konnte. Doch entwich er mir. Da ich ganz außer Atem war, konnte ich ihm nichts mehr thun, als ihm Steine nachwerfen. Verdammt, ich hatte schon mancherlei gesehen. Eine solche Schuftigkeit war mir aber doch noch nie vorgekommen. Der Bruder

Händlerkarawänen plündernd und vergewaltigend durchs Land ziehen und den Eingeborenen alles abnehmen, was sie erlangen können. Dernburg wies bei dieser Gelegenheit auch darauf hin, daß ein geradezu verbrecherischer Raubbau mit dem Kautschuk getrieben werde, und er sah eine Erhebung der Eingeborenen und folgenreichere Unruhen unausbleiblich kommen, wenn die Regierung hier nicht eingreife und für Beschäftigung der Eingeborenen Sorge. Zu diesem Zwecke schlug er Bahnbauten vor.

Es sind Jahre seit dieser Dernburg'schen Prophezeiung ins Land gegangen. Die Zustände in Kamerun haben sich aber nicht gebessert, sondern anscheinend noch verschlechtert. Jetzt steht der dortige Kautschukhandel vor dem Zusammenbruch und möchte nun aus Staatsmitteln Subventionen haben. Die Regierung ist aber nicht geneigt, diesem unverschämten Verlangen nachzukommen, und so ist eine Polemik zwischen den Kameruner Händlern, die im Verein Westafrikanischer Kaufleute, Abteilung Südamerica, vertreten sind, und den offiziellen Stellen entstanden. Das Hauptverlangen der Händler liegt auf die Aufhebung des Kautschuk-Ausfuhrzoll von 40 Pfg. pro Kilo hinaus. Staatssekretär Dr. Goll hat die Erklärung schon abgegeben, daß an eine Aufhebung dieses Ausfuhrzoll nicht zu denken sei, und um die Stellung der Regierung zu rechtfertigen, schildern die „Berliner Politischen Nachrichten“ nun das Treiben dieser Kameruner Händler:

„Sie haben nicht wie ein guter Kaufmann die Qualität ihrer Ware, des Kautschuks, zu verbessern gesucht, sondern nach ihren eigenen, im Protokoll der Handelskammer von Kribi zu findenden Worten jeden „Dred“ verkauft. Dazu kommt, daß sie in guten Zeiten lediglich Riesengewinne eingestrichen (der Hauptanteil einer der Südameruner Gesellschaft soll in einem Jahre allein für Kautschukantien 90 000 Mark eingestrichen haben) und nicht durch Rücklagen aus diesen Gewinnen und kulturelle Erschließung vielmehr nach dem Grundzüge „Nach uns die Sintflut“ unterlassen, Pflanzungen anzulegen und die Eingeborenen zu landwirtschaftlicher Tätigkeit anzuhelfen. Für das Geschenk, das ihnen die Regierung durch Ueberlassung des Urwaldes zur Gewinnung von Kautschuk viele Jahre lang gemacht hat, haben sie bis zur Einführung des mäßigen Kautschukaufuhrzoll keinerlei Gegenleistung für nötig erachtet. Jetzt, wo durch ihre eigene Schuld die Goldquelle verstopft, wollen sie einfach das Land verlassen, was einigen Firmen um so leichter fällt, als sie in fremden Kolonien Westafrikas ihre Betriebe bereits aufgemacht haben. Das war ihre einzige Voraussetzung! Und da verlangen die Herren, daß man in der Heimat für ihre Geschäftspolitik Verständnis haben, ihnen noch den Kautschukzoll schenken und zum Ueberflus weitestgehende Selbstverwaltungsrechte einräumen soll! Die ganze Geschäftspolitik des Südameruner-Handels charakterisiert sich ganz einfach als trasser Egoismus und im wahren Sinne des Wortes als Raubbau.“

Gut gebrüllt! Nur hätte die Regierung viel früher zu dieser Einsicht kommen sollen. Es ist nicht einmal anzunehmen, daß die ihr jetzt angeführte der Unerschämtheit der Kameruner Händler gekommene Einsicht nachhaltige Folgen für die gesamte Kolonialpolitik haben wird. Denn wie in Kamerun, so liegen die Dinge im Grunde genommen überall: das Kapital geht nicht in die Kolonien aus logenartem nationalen Interesse. Es will verdienen, mühselos, und viel verdienen, was die Kameruner Händler ja auch dadurch noch besonders bekräftigen, daß sie jetzt, wo Kamerun ausgeplündert ist, weiterziehen, um an anderer Stelle die Kameruner Praktiken zu üben.

Aus der Partei.

Das Berliner Proletariat zur Jahrhundertfeier. Die Berliner Arbeiter versammelten sich am Sonntag mittag in 34 Volkerversammlungen, die durchweg sehr stark besucht

waren und zum Teil wegen Überfüllung sogar abgesperrt werden mußten. Eine eigenartige Erscheinung war insofern bemerkbar, als die Polizei nicht nur in großer Zahl aufboten war, sondern sogar die Posten im Innern der Stadt schon am frühen Morgen den gelben Revolvergürtel umgeschlankt hatten, was natürlich allgemein auffiel und die Aufmerksamkeit ganz Berlin auf die Kundgebung des Proletariats gegen die offizielle Leipzigerlei lenkte. Es scheint in der Tat, als ob die Polizei befürchtet hätte, daß die Arbeiter nach den Versammlungen in die Stadt ziehen würden, um den patriotischen Kinderfestzug zu stören. Denn man mußte bemerken, daß auch bei den Absperrungen, die die Polizei mittags in der Stadt vornahm, um dem Zuge freie Bahn zu verschaffen, die Posten noch nicht abgelegt waren. Als ob man es mit einem Spalier gegen Bombenwerfer zu tun hätte! — In den Versammlungen wurde von den Rednern, unter denen die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Groß-Berlins waren, überall darüber gesprochen, wie die siegreiche Volkswelt von 1813 um die Früchte ihres Kampfes gebracht wurde, und wie in Wahrheit die Tradition und Gedanken, die die Volkskämpfer vor 100 Jahren zu ihrer gewaltigen Erhebung begeisterten, heute nur noch in der Arbeiterklasse fortleben, während das offizielle Deutschland gar kein Recht dazu hat, sich so aufzuspielen, als ob es der berechnete Nachfolger der Freiheitskämpfer wäre. Die Arbeiter, die bereits zu den Versammlungen von ihren Bezirkslokalen aus in starken Zügen marschiert waren, gingen nach Schluß der Versammlungen ruhig auseinander, so daß die Polizei keine Arbeit bekam.

Eine wichtige Entscheidung zum Preßgesetz. Der verantwortliche Redakteur Lüscher von der „Schles. Bergwacht“ war wegen Verleumdung des Amtsrichters Bernholz in Weiswasser für 150 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Der Amtsrichter sandte nach einiger Zeit den Urteilstenor zur kostenlosen Veröffentlichung an die Zeitung ein. Da mittlerweile ein Wechsel bei den verantwortlichen Redakteuren eingetreten war, gelangte die Einsendung des Amtsrichters nicht an die richtige Adresse und die Veröffentlichung unterblieb. Später wurde durch Vermittlung des Staatsanwalts nochmals versucht, den Urteilstenor zu veröffentlichen, und als es auch diesmal nicht geschah, wurde dem neuen verantwortlichen Redakteur Franz der Prozeß gemacht. Die Verhandlung, die am Donnerstag vor dem Waldenburger Schöffengericht stattfand, endete mit der Freisprechung des angeklagten Redakteurs, weil er, genau wie bei den anderen jüngsten Entscheidungen dieser Art, nach § 10 des Preßgesetzes nicht zu einer kostenlosen Aufnahme im Text der Zeitung verpflichtet sei. Dieser Paragraph spricht nur von einer amtlichen Ausnahme im Angeigentheil und zwar gegen Entgelt. Das sei nicht verlangt worden; ein anderes gebe es auch nicht, deshalb habe Freisprechung zu erfolgen.

1000 Mitglieder in einer Woche gewonnen! Unsere Wiener Genossinnen haben in einer Woche durch Hausagitation 1000 neue weibliche Mitglieder der Partei zugeführt. Genossinnen, macht's nach! Schon in seinem Aufruf hat der Parteivorstand darauf verwiesen, daß angesichts der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, durch die unsere Verarbeitung für die Partei erschwert wird, mit doppeltem Eifer und verstärkter Ausdauer die Agitations- und Organisationsarbeit betrieben werden muß. Das gilt im besonderen für die Frauen. Für sie ist zudem das Rekrutierungsgebiet das bei weitem größere. Von 932 850 Mitgliedern der Partei sind nur 141 115 weibliche. Viele Frauen und erwachsene Töchter unserer organisierten Genossen sind also noch nicht organisiert, ganz zu schweigen von den Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, deren männliche Familienmitglieder uns gleichfalls noch fern stehen. Hier ist also noch sehr viel zu arbeiten. In vielen Orten bei uns in Deutschland haben die Genossinnen mit Benutzung einer kleinen einfachen Broschüre: „Bist Du eine der untrigen?“ oder unter Zuhilfenahme eines kleinen, einfachen, einseitigen Flugblattes bei der Hausagitation ebenfalls gute Erfolge erzielt. In vielen andern Orten ist diese Art der Agitation dagegen leider noch arg vernachlässigt. Möge das Beispiel unserer Wienerinnen unsere Genossinnen überall zur Nachahmung anspornen. Der Erfolg wird sicher die Mühe lohnen.

Gemeinschaftsbewegung.

Arbeitslosenfürsorge durch die Kommunen. In Dresden a. S. stellte die dortige sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, die bei 45 Stadtverordneten die gesamte dritte Abteilung besetzt, an die Stadtverordnetenversammlung und an den Magistrat den Antrag auf Durchführung städtischer Maßnahmen zur Regelung der Arbeitslosenfürsorge: a) durch Einführung des Genter Systems; b) durch eine Eingabe an die Reichsregierung und den Reichstag, sich dem Verlangen nach einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung anzuschließen. Die Anträge wurden von dem sozialdemokratischen Fraktionsredner eingehend begründet unter Benutzung beweiskräftiger statistischer Material. Auf Antrag des Stadtverordnetenvorsethers und nach dessen besonderem Hinweis auf die hohe Bedeutung der Anträge wurde in Anbetracht der Wichtigkeit der Anträge zu deren Beratung eine stehengebliebene Kommission eingesetzt, der auch zwei sozialdemokratische Stadtverordnete angehören.

Eine Reichskonferenz der Rechtsanwaltsangeestellten tagte am 12. Oktober 1913 in Berlin, die der Verband der Bureauangestellten Deutschlands (Sitz Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 20) einberufen hatte. Vornehmlich handelte es sich um die Aufstellung von Vorschlägen für Mindestgehälter und sonstige Anstellungensebedingungen dieser Angestellten, über die nunmehr mit dem Deutschen Anwaltsverein eingeleiteten Ausschuss für soziale Angelegenheiten weiter verhandelt werden wird. Die Reichskonferenz fordert vor allem gleiche Kündigungsfristen für alle Angestellten eines Bureau, achtstündige Arbeitszeit, Abschaffung der Überstunden, Sonntagsruhe, Erholungsurlaub und Regelung des Lehrjahrswehens. Die Mindestgehälter wurden festgesetzt nach vier Städtelassen für Lehrlinge, weibliche Angestellte unter 18 Jahren, Gehilfen und Bureauvorsteher. Die Mindestlöhne sollen betragen: In der 4. bzw. 1. Städtelasse im ersten Lehrjahr 20 Mk. bzw. 30 Mk., für junge Gehilfen 60 Mk. bzw. 80 Mk., für Angestellte mit qualifizierter Arbeitsleistung und Bureauvorsteher im Alter von unter 25 Jahren 220 bzw. 150 Mk. und für beide Angestellengruppen im Alter von über 25 Jahren 150 Mk. bzw. 200 Mk. Die Konferenz beschloß, sich noch mit dem angeforderten Gesetzentwurf zur Regelung der Berufsverhältnisse der Anwaltsangeestellten. Mit einer einstimmig angenommenen Resolution begrüßt die Konferenz diese Maßnahme, sie lehnt jedoch die von der Regierung beabsichtigte Regelung in der Anwaltsordnung entschieden ab, weil auf diesem Wege nicht nur wichtige Forderungen der Angestellten unerfüllt bleiben, sondern es wird auch das so dringend nötige gemeinsame Recht aller Bureauangestellten verhindert. Statt dessen fordert die Konferenz für alle Bureauangestellten in gewerblichen und nichtgewerblichen Betrieben zunächst die rechtliche Gleichstellung mit den Handlungsgehilfen im Anschluß an die Gewerbeordnung; sie erklärte sich gegen jede weitere Zersplitterung des Arbeitsrechts und betonte die Notwendigkeit eines einheitlichen Angestelltenrechts.

Lohnbewegung in der Offenbacher Kartonnagenindustrie. In den Offenbacher Kartonnagenfabriken sind die Löhne noch äußerst schlecht. Die Arbeiterinnen werden im Durchschnitt 3-5 Mk. pro Woche niedriger entlohnt, als in allen anderen Berufen. Auch in hygienischer Beziehung lassen die Arbeitsräume alles zu wünschen übrig. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich nun zahlreich dem DGB-Binderverbande angeschlossen, sie streben einen Tarifvertrag an, der gewisse Mindestlöhne vorsieht, um annähernd die Löhne zu erreichen, die in anderen Industrien längst gezahlt werden. Sie verlangen ferner bessere Reinhaltung der Betriebe und für jede Person alle 14 Tage ein Handtuch. Von dem Verhalten der Fabrikanten wird es abhängen, ob es möglich ist, in Frieden zu einer Verständigung zu kommen. Arbeitsangebote nach Offenbach sind strikte abzulehnen.

Überstundenarbeit und Arbeiterentlassungen bei Krupp. Eine vom Deutschen Metallarbeiterverbande abberufene Versammlung Kruppischer Arbeiter in Essen nahm Stellung zu den direktionslosen Zuständen, die gegenwärtig in diesen Mutterbetriebe bestehen und die sich in Arbeiterentlassungen bei gleichzeitiger Überstundenwirtschaft äußern. Nach einem Referat des Geschäftsführers des Metallarbeiterverbandes über diese Zustände und einem solchen des Geschäftsführers des Holzarbeiterverbandes über die Notwendigkeit der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, in der u. a. beantragt wird: zur Verhütung weiterer Kündigungen eine planmäßige Verteilung der Aufträge an die einzelnen Betriebe, Beseitigung der

meine wohl, ich käme vom Jahrmarkt und hätte die Taschen voll Geld.

Erst in der vierzehnten Nacht kam ich nach Mentone. Ich konnte hier einen deutschen Arzt, der viel für die Kunden tat. Vordringlich nämlich ich mich dem Schatten nach durch die Gassen zu seinem Haus, hier über das Gariator und lautierte. Er meinte, es gälte einen Krankenbesuch und war zu Tode erschrocken, als er mich so verwandelt sah und mein Anliegen hörte.

„Nein, das geht nicht“, sagte er, „ich kann Ihnen keine Kleider verschaffen, unmöglich. Ich mache mich überhaupt schon insdazwischen, wenn ich Sie nicht sofort anzeige und Ihre Festnahme veranlasse.“ (Bei diesen Worten trat mir ein Schauer der Kälte hinunter.) „Gehen Sie fort, Unglücksseiger! Was meinen Sie? Ich sei heilig? Bilden Sie sich ein, ich hätte Lutz, mich und meine Familie eines wildfremden Menschen wegen zu mindern? Begreifen Sie das nicht?“ — „Herr Doktor“, sagte ich, „es kommt ja nichts aus. Wenn ich erwähnt werde, will ich mich eher umbringen lassen, als daß ich ein Sterbenswort verrette. Und außerdem, Herr Doktor, wer kann etwas wollen, wenn ich Ihnen die Kleider einfach gestalte?“

Der Arzt war ein guter Teufel, er begriff. Begriff sogar noch mehr. „Ich lasse die Tür auf und gehe schlafen“, sagte er. „Aber wachen Sie auf!“ Ich fand mich auch im Dunkeln zurecht und zog mich die Taschen an, die er schon über einen Hügel gehängt hatte. Während ich die eigenen Gegenstände packte, trat ein feiner Duft in die Nase. Es roch wie gebratene Eier. Ich ging in die Küche und bekam schmecken Zwiegeleit zu essen, ungeteilt was ich noch an Schnitten Brot und Wein verschlang. „Herr Doktor“, redete ich in einem leisen Nebenworte, „wissen Sie, vierzehn Tage nichts anderes als Feigen und Würzeln.“ „Ja, ja“, sagte er, „nicht einmal denken konnte ich dem guten Mann. Er dachte: Wenn Sie das so anbringen, hole ich die Polizei.“ Als ich war, nahm ich mein Bündel zu mir und schlang mich über die Mauer. Der Doktor stand am Fenster im ersten Stock und schaute mich nach. Ich ging ans Meer, dort mein Bündel hängen und lag zu, was die Kleider fortgeschoben. Dann wagte ich noch eine Weile. Auch die Taschen meines letzten Anzuges legte ich aus und fand in der Tasche zehn Franken in Kleingeld. Sofort lief ich an den Fährort, löse ein Billett und fuhr mit dem nächsten Zug ins Valais. „Denkmal“, rief der Schaffner. „Denkmal“, rief ich, „habe ich auch und bringe den Rest des Tages.“

Als ich zu mir kam, lag ich im Stationszimmer, viele Leute standen um mich herum, ein Bahnbeamter spritzte mir Wasser ins Gesicht. Noch bevor ein Arzt kam, war ich wieder bei mir und konnte in die Stadt gehen. Ich schämte mich, weil mir so viele Leute nachschauten. Den ganzen Tag war es mir noch schwindlig, ich mußte mich öfters niederlegen; aber nachher ah und trank ich gut, das half so gründlich, daß ich am nächsten Morgen nichts mehr spürte und weiter konnte, Genua zu. Das war ja die alte Straße, die ich vor zwei Jahren schon gegangen war! Noch jeden Wegweiser kannte ich, jede Biegung, jede Windung. Am nächsten Tag stand ich im deutschen Konsulat in Genua und legte es durch, daß ich den Konsul selber zu sprechen bekam. Er bejahte mit ein Billett nach Chiasso an der Grenze. Von dort ging ich zu Zug nach Lugano und stellte mich der schweizerischen Polizei, die mich gleich auf den Schab brachte. Den ersten Tag kam ich bloß bis Göschenen. Hier wurde ich mit noch dreien ins Waidhaus gebracht. Obwohl draußen tiefer Schnee lag, war nicht geheizt. Eiszapfen hingen bis auf die Spitze hinunter. Wir wickelten uns fest in die Wolldecken und lagen eng zusammen, damit wir weniger froren. Zwei Tage verbrachten wir in dieser Weise und belamen nur Schlemmuppe zu essen.

Am Montag morgen wurden wir von einem Landjäger an den Bahnhof geführt und im Gepäckwagen in einen schmalen Verschlag gesperrt, der nur ein kleines vergittertes Fenster hatte, das man nicht öffnen konnte. Da schon zwei andere Kunden darin waren, konnten wir fünf uns in dem Spinnstall kaum wahren und verplagten fast vor Hitze. In Zürich, wo wir ankamen, wurden wir auf die Polizeiwache geführt und bekamen ein gutes Mittagessen. Ich bat den Polizeihauptmann, nach Basel geschickt zu werden, weil ich dort in der Nähe wohnte. Er sagte: „Nichts da, alles kommt nach Schaffhausen.“

Um vier Uhr nachmittags langten wir dort an. Als wir gefragt wurden, wo wir hinwollten, sagten die anderen: „Schaffhausen!“ Ich: „Basel zu!“ Ein Polizist führte mich bis an die badische Grenze. Dort lehnte er um. Ich ließ die ganze Nacht hindurch. Im Walde bei Kleinmünchen wurde es still. Ich tappte ich bis an die Anie im Schnee und wollte lassen weiter, aber ich mußte. Heim! Heim! Ich war es immer in mir. Heim! Heim! Gegen Morgen fuhr und hängerte es mich elend. Ich bat bei verzweifelten Leuten um Brot. Sie gaben nichts her, sondern sagten, daß seien die Verordnungen, die da, ich solle mich an mich wenden. Aber ich konnte ja nicht, ich war ja vollständig schwarz und

hatte kein einziges Ausweispapier. Hunger zwängte ich mich weiter. Endlich, nach sechszwanzigstündigem Marsch gingen die 99 Kilometer zu Ende und ich war in Birsfelden, einem Vorort Basels. Hier rutschte ich auf dem Trottoir aus und vertrat mir den Fuß derart, daß ich kaum weiter gehen konnte. Eine Bädersfrau, bei der ich vor sprach, schenkte mir dreißig Rappen. So konnte ich mit der Elektrischen in die Stadt hineinfahren. Ich wußte die Wohnung meines Bruders und klopfte an. Seine Hauswirtin öffnete und sagte, er sei noch nicht da, ich möchte solange warten, bis er komme. Da hörte ich auch schon einen Schritt. „Was wünschen Sie?“ fragte er. Und es dauerte wirklich eine Weile, bis er mich erkannte. Er sagte: „Dabei glauben Sie, du seist tot.“

Er ließ mir ein Bad herrichten und während ich mich abschwemte, rüstete er das Essen. Weil er sah, daß ich sehr müde war, hob er das Erzählen für später auf und brachte mich gleich zu Bett. Er selber schlief auf dem Sofa. Als ich aufwachte, sagte er: „Na Großer, jetzt ist doch Zeit, weißt du, wie lange du geschlafen hast? Zwei Nächte und einen Tag!“ Ich konnte es kaum glauben. Er sagte mir noch: „Ich habe dir Kleider zurecht gemacht, die dir passen.“ Dann ging er ins Geschäft. Ich drehte mich auf die andere Seite und schlief bis Mittag weiter. Erst dann stand ich auf, zog mich an und fuhr nach meinem Heimatsort.

Hier hatte sich vieles verändert während meiner Abwesenheit. Die Bahn fuhr eine ganz andere Richtung. Im Ort selber waren neue Geschäftshäuser aufgetan, kaum eine Straße kannte ich mehr.

Aber unser Haus fand ich doch. Es stand noch immer so in sich geduckt, wie eine Rakete, die springen will. Hinter den Fenstern grühten mich die alten Topfpflanzen. In der Werkstatt klopfte der Vater Leder und sang ein Lied. Aus dem Hofe klangen die ebenmäßigen Hammerschläge der zwei Schmiede. Und ich, da am Balken hing sogar noch das Spakenneiß, das ich so gut kannte! Einmal ging ich ums Haus herum, dann fußte ich ein Herz und trat in den Laden. Es war noch der alte gelbe Tisch, der da stand; dahinter die weitläufigen Schäfte mit dem vielen Schuhschachteln. Die Luft roch noch so ledig wie vor Jahren und in der Küche hörte ich die Mutter zur Schwester sagen: „Eißt, gib uns Affe achtig, daß es mit abrennt.“ Ich muß in der Leder!“

überarbeit, zweckmäßige Überweisung überschüssiger Arbeiter nach vollbeschäftigten Betrieben und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Das Bureau wurde beauftragt, diese Entschliessung dem Direktor der Firma Krupp zu übermitteln.

Die Arbeitslosigkeit in Württemberg. Über den Umfang der Arbeitslosigkeit hat die Handelskammer in Stuttgart, veranlaßt durch eine Anfrage der staatlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel, Erhebungen angestellt. Das Ergebnis dieser Erhebungen faßt die Kammer dahin zusammen, daß im Baugewerbe, in der Maschinenfabrikation, in der Metall- und Holzverarbeitungs-Industrie Arbeitslosigkeit in größerem Umfange zu beobachten ist, wenn auch ein Teil dieser Betriebe bisher noch nicht wesentlich von der sinkenden Konjunktur in Mitleidenschaft gezogen wurde. Eine weitere Verschärfung sei, soweit sich dies in dem gegenwärtigen Augenblicke überhaupt beurteilen lasse, wahrscheinlich. Im ganzen sei aber die Arbeitslosigkeit bisher noch nicht in dem Maße aufgetreten, daß Grund zu Besorgnissen für den kommenden Winter vorhanden wäre. Als geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit empfiehlt die Kammer die möglichst beschleunigte Vornahme der statmäßig vorgesehenen Bauten, insbesondere von Straßen, Eisenbahnbauten usw. Wieviele Hunderttausende von Arbeitern müssen erst der Verweisung überantwortet sein, bis nach Auffassung der Handelskammer Grund zur Besorgnis gegeben ist. Auf dem Stuttgarter Rathaus interpellierten mehrere Genossen aufs neue, welche Schritte von der Stadtdirektion gegen die drohende Arbeitslosigkeit unternommen worden seien. Der Oberbürgermeister antwortete kurz angebunden, darüber sei früher schon beraten und die städtischen Ämter seien angewiesen worden, die geplanten Bauten möglichst rasch auszuführen. Als unsere Genossen auf diese Antwort näher eingehen wollten, beschloßen die Vertreter aller bürgerlichen Parteien, keine weitere Debatte zuzulassen.

Zur Kulturschmach in Kiew.

Der Zusammenbruch der Ritualmordanklage. Der Ritualmordprozess in Kiew hat erst kaum begonnen, und schon ist es für jeden klar, daß die Anklage nicht aufrecht erhalten werden kann. Zunächst handelt es sich um die angeblichen Schuldbeweise gegen den Angeklagten Beilis. Alle möglichen Zeugen werden vernommen, die über den Mord an dem Anaben Juschtschinski aussagen sollen. Alle Spuren weisen deutlich auf die Diebesbande der Tschibirjal hin, die sorgfältig von der Anklagebank ferngehalten worden ist und die Zeugenbank ziert. Die Kronzeugen gegen Beilis verjagen vollkommen, und man fragt sich erstaunt, was Beilis überhaupt mit diesem Prozess zu tun hat. Dies geht übrigens schon aus der Prüfung der Anklageschrift hervor, die alles mögliche enthält: die Schilderung der Mordtat, die Aussagen der Sachverständigen über den Obduktionsbefund, die Erklärungen der „Sachverständigen“ der Anklage über die Existenz des jüdischen Ritualmordes, ausführliche Polemiken gegen die privaten Untersuchungen in diesem Prozess, nur der Schuldbeweis gegen den Angeklagten Beilis fehlt in der Anklageschrift. Wir werden auf den ersten Teil dieser phantasmatischen Anklage noch zurückkommen, wenn die Begründer der Ritualmordanklage, der katholische Geistliche Pranaits und der Professor Siforski vor aller Öffentlichkeit mit ihrer mittelalterlichen Weisheit herausrücken werden. Zunächst beschränken wir uns auf den Teil der Anklage, der auf Beilis Bezug nimmt, und hier müssen wir durchaus aufrechterhalten, daß wohl noch nie vor einem ordentlichen Gericht eine Mordanklage in so leichtfertiger, unbegründeter, verbrecherischer Weise erhoben worden ist, wie gegen den Angeklagten Beilis.

Die klügeren Elemente aus dem reaktionären Lager sehen bereits selbst ein, in welcher eine Sackgasse die ganze Ritualmordheke der Rechtsparteien geraten ist. Außerordentlich bedeutungsvoll ist in dieser Beziehung die Stellungnahme des konservativ-antisemitischen Blattes „Kijewskanin“, des Organs des rechtsstehenden Dumaabgeordneten Schulgin. Bereits am Tage nach der Veröffentlichung der Anklageschrift, veröffentlichte Schulgin in seinem Blatte einen Artikel, der die schwersten Anklagen gegen die Prokuratur erhob. Das Blatt wurde von der Polizei konfisziert und zum ersten Male während seiner 50jährigen Existenz zur gerichtlichen Verantwortung gezogen. Das hinderte indessen nicht, daß die Stellungnahme des konservativen Blattes in Kiew wie im ganzen Reich eine ungeheure Sensation hervorrief. Schulgin geht keineswegs von der Forderung der Gerechtigkeit aus. Er ist auch keineswegs empört, mit denen er selbst, als einer der Führer der Pogromistenpartei in der Duma gegen die Juden und die Revolutionäre aufzutreten ist. Er entrüstet sich, in Anbetracht der völligen Unzulänglichkeit und des unvermeidlichen Zusammenbruchs der Anklage darüber, daß der Feldzug der Rechten schlecht vorbereitet und noch schlechter durchgeführt worden ist. „Anstatt — schreibt er — im Kampfe gegen das jüdische Volk in der energischsten Weise aufzutreten und Argumente vorzubringen, die Tote erwecken könnten, hat die Prokuratur eine Anklageschrift geschaffen, die an das Dallen eines Kindes erinnert, und die selbst von einem mittelmächtigen Verteidiger zerlegt werden kann. Man schämt sich für die Justiz und die Staatsanwaltschaft, die sich entschlossen haben, vor der ganzen Welt mit einem so armseligen Material aufzutreten! Wie vorteilhaft und nützlich — fährt er fort — es auch von Parteistandpunkt erscheinen konnte, die Existenz von Ritualmorden nachzuweisen, so hatte die Staatsanwaltschaft doch nicht das Recht, selbst ein lebendiges Objekt zu beschaffen, das für die Führung eines solchen Prozesses notwendig war. Dies aber ist in diesem Falle geschehen. Man sagt, es sei gleichgültig, ob Beilis verurteilt oder freigesprochen werde, wenn nur die Tatsache des Ritualmordes nachgewiesen wird. Man sollte nicht wagen, so zu sprechen! Dies ist eine ungeheuerliche Theorie. Wer so spricht, bringt selbst Menschenopfer dar! Ihr wart nur dann berechtigt, Beilis ins Gefängnis zu setzen, wenn Ihr von seiner Schuld überzeugt wart. Ihr aber habt Beilis als ein Kaninchen betrachtet, das auf den Seziertisch gelegt wurde!“

In späteren Artikeln zerlegt Schulgin das gegen Beilis erhobene Beweismaterial und erklärt kategorisch, daß gerade dieser Teil der Anklageschrift jede Annahme ausschließt, daß Beilis an dem ihm zur Last gelegten Mord beteiligt gewesen ist. Diese Stellungnahme des konservativen Juristen und Abgeordneten ist im höchsten Grade symptomatisch. Sie zeigt, daß selbst die Elemente des sinkenden Schiffes der Ritualmordanklage gegen Beilis verlassen, die bisher in der energischsten Weise für Judenpogrome, Justizmorde und Gerichtsfälschungen eingetreten sind.

Die Volksbewegung gegen die Ritualmordheke.

Trotz der übermenschlichen Anstrengungen der Schtrussen und der mit ihnen verbündeten Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, hat die Agitation der Pogromisten in den Volksmassen keinen erheblichen Erfolg zu verzeichnen. Man kann freilich nicht behaupten, daß das Gift, das aus den Flugschriften der Schtrussen, aus den Rundgebeten der Regierung, aus der mittelalterlichen Anklageschrift gegen Beilis und aus der systematischen Hege der Regierungspresse in reichlichem Maße nicht, hartlos am Volke vorübergeht. In den

entlegenen Dörfern, wie in den unteren Schichten des Kleinbürgerums, die aus geschäftlichen Gründen, als Konkurrenten der Juden, antisemitisch verfaßt sind, findet sich genug Material für die Pogromhege der Schtrussen. Aber zurzeit werden alle diese Elemente zurückgedrängt von der mächtigen Welle des Protestes, die angesichts der Kulturschmach in Kiew im ganzen Reich anschwillt. Wie immer und überall, steht auch jetzt die Arbeiterklasse an der Spitze dieser Bewegung. Hunderttausende von Arbeitern streifen, veranstalten Umzüge, veröffentlichen Proteste; ihnen schließen sich die Studierenden in den Hochschulen an; auch weite bürgerliche Schichten werden von der Protestbewegung ergriffen, die den Beilitsprozess in einen Brennpunkt des russischen Lebens verandelt.

Ueber die Protestbewegung der Arbeiter seien nachstehend die wichtigsten Angaben angeführt. Am Tage des Prozessbeginnes wurden im Tätigkeitsgebiet des „Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes“ auf Veranlassung des Zentralkomitees des „Bundes“ Massenausmärsche der jüdischen Arbeiter organisiert. Schon vorher waren in dem ganzen Gebiet (Litauen, Polen, Südwestrussland, Ostseeprovinzen) Flugblätter des „Bundes“, an einigen Stellen gemeinschaftlich mit den anderen sozialistischen Organisationen verbreitet worden. Es streikten daraufhin zahlreiche Arbeiter in Warschau, Wilna, Minsk, Odessa, Homel, Belostok u. a. In den russischen Städten, namentlich in Petersburg und Moskau wo die Arbeiter sich zu derselben Zeit in einer Protestbewegung gegen die Verfolgung der Arbeiterklasse befanden, fand auch der Protest gegen die Ritualmordheke einen dankbaren Boden. So streikten in Petersburg allein in den ersten drei Prozesstagen über 100 000 Arbeiter. Ingesamt dürften an der Protestbewegung gegen den Ritualmordprozess über eine Viertelmillion Arbeiter teilgenommen haben. Daß dieser Protest die stärkste Waffe gegen die Hege der Schtrussen bildet, versteht sich von selbst. Nicht nur daß er die Arbeiter der verschiedenen Nationen noch fester zusammenschweißt, und der Nationalitätenhege der Herrschenden die Internationalität der Arbeiterbewegung entgegengesetzt, er demonstriert auch vor der ganzen Welt den Willen der Arbeiterklasse Rußlands, der nationalistischen, chauvinistischen Schmutzflut Einhalt zu gebieten.

Russischer Fortschritt.

Der Beilitsprozess zeitigt eine Reihe von geschichtlichen Parallelen, die für den kulturellen und geistigen Rückgang des Zarenregiments höchst bezeichnend sind. In der Anklageschrift gegen Beilis wird im Jahre des Heils 1913 die Existenz von jüdischen Ritualmorden als erwiesen angesehen, und dem Angeklagten daraufhin „religiöser Fanatismus“ als Beweggrund zu seinem „rituellen Mord“ zugeschrieben. Indes hat schon Alexander I. im Jahre 1816 das Verbot erlassen, Anklagen wegen rituellen Mordes überhaupt zu erheben. Unter dem Nachfolger Alexanders I., Nikolaus I. wurde dieses Verbot noch verschärft. Im Jahre 1833 ordnete der Reichsrat aus Anlaß des bekannten Weilscher Ritualmordprozesses an, die angeklagten Juden zu befreien, die Denunzianten nach Sibirien zu verbannen und „den Minister des Innern zu beauftragen, den Allerhöchsten Befehl vom 6. März 1817 zu bekräftigen, der es strengstens untersagte, den unsinnigen Anklagen gegen die Juden Gehör zu geben, und der in diesem Falle von dem Generalgouverneur selbst verlegt worden ist.“ Noch im Jahre 1840 telegraphierte die Kaiserlich russische Regierung aus Anlaß des Ritualmordprozesses in Damaskus, der infolge der Einmischung der europäischen Regierungen unterdrückt wurde, an den russischen Gesandten in London, „sie nehme aufrichtig Teil an dem einmütigen, lebhaften Mitgefühl, das das Schicksal dieser unglücklichen Juden in England erweckt habe.“ So geschehen unter der Regierung des graufamen Despoten Nikolaus I., der wohl nicht vorhergesehen hat, daß sein Urenkel Nikolaus II., mit seiner Begünstigung der Judenpogrome und der Ritualmordheke Rußland um Jahrhunderte zurückwerfen würde.

Soziales.

Neues vom Kinderhandel betitelt sich der Jahresbericht, den die ehemalige Stuttgarter Polizeiaffizientin Generalleutnant Wendt über ihre Recherchen und Fürsorgetätigkeit herausgibt. Der Kampf der Schwester S. Wendt gegen den Kinderhandel ist bekannt. Mehrere Artikel haben unsere Leser und Leserinnen bereits mit dem traurigen Kapitel des Kinderhandels vertraut gemacht. In dem Jahresbericht wendet sich die frühere Polizeiaffizientin auch gegen den „Kindermarkt“ der deutschen Presse und führt einige Beispiele an, die so recht zeigen, wie „ernst“ bürgerliche Zeitungen den Kampf gegen diesen Kulturverfall führen. So schreibt Schwester Wendt: „Daß die als Ware angebotenen deutschen Kinder in den Spalten der Tagespresse oft in recht unpassender Umgebung plaziert werden, habe ich der Presse schon wiederholt zum Vorwurf gemacht. Hier einige kleine Beispiele von Annoncen, die ich neben- oder untereinander stehend, gefunden habe:

„Jüdisches, gesundes Kind best., diskreter Herkunft wird von kinderlosem Ehepaar an Kindesstatt angenommen. Vergüt. nach Überkunft. Off. u. D. U. N. 198 an die Exped. d. Bl.“

„Strasburger Neueste Nachrichten“, 6. 8. 13.)
Wer nimmt 11 Mon. altes jüdisch. Mädch. gegen einmal. Abf. als eigen an. Off. unter N. 509 Hil. Friedr.-Wilhelmsstraße 63.“

„Breslauer Generalanzeiger“, 1. 8. 13.)
„Knaben Fühneraugen“
besseren, 3 bis 5 Jahre, diskret, auch ganzl. Waare, nimmt alt. Ehepaar in dauernde Pflege. Vermittlerverbot. Postlagernd R. F. Postamt S. 59.“

„Berliner Lokalanzeiger“, 1. 8. 13.)
Wie man an den Beispielen sieht, ist es auch hier die „unparteiische“ Presse, die sogenannten Generalanzeiger, die neben ihrem Heiratmarkt, Streifbrecherinferat auch auf dem Kindermarkt alles Erdenkliche leisten. Im redaktionellen Teil wird trüben Augen gegen die Sittenlosigkeit usw. gezetert und hinten in der Annoncenplattange wird alles genommen, was Geld bringt.

Nun olet — kapitalistische Moral!
Recht gehässige Feinde hat die „Volksfürsorge“ in dem märktischen Städtchen Kirchhain in der Provinz Brandenburg. In dem daselbst erscheinenden amtlichen Anzeiger für den Kreis Luckau („Neueste Nachrichten“ heißt sich das Papier), das dessen geistiger Leiter der neugebaute konservative Landtagsabgeordnete Amtsrichter Dr. Wand in Kirchhain allgemein bezeichnet wird, erscheint als Füllinferat ab und zu folgende Anzeige: „Kein nationaler Arbeiter läßt sich und seine Angehörigen bei der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“ verschleiern. Man weise den Agenten, die auf dem Lande herumlaufen, sofort die Tür.“ Wir zweifeln nicht daran, daß, wenn in einem Arbeiterblatt eine solche

Aufreizung gegen die Agenten der agrarischen Lebensversicherungsgesellschaften oder der Deutschen Volksversicherung A. G. veröffentlicht würde, die ganze bürgerliche Presse den Staatsanwalt gegen solchen Terrorismus aufheben würde. Aber der „Volksfürsorge“ gegenüber glaubt man sich alles erlauben zu dürfen. Schanden wird das der „Volksfürsorge“ allerdings nicht; denn dieser Haß der Reaktionäre beweist mehr als alle Reklame die Güte der „Volksfürsorge“.

Der Kampf zwischen Krankenkassen und Ärzten hat in Breslau in seinem ersten Stadium mit einem Siege der Krankenkassen geendet. Wie anderwärts, hatte auch in Breslau der Leipziger Verband seine Mitglieder, die Kassenärzte sind, verhindert, die fertigen Einigungsbedingungen zu unterschreiben. Sie mühten die bekannte Gruppenerteilung und die freie Arztwahl verlangen. Da dies bei dem Stande der Breslauer Kassen unerfüllbar war, kam es zur Kündigung der bisherigen Verträge. Wenn diese gehofft hatten, es würde sich kein Ersatz finden, so täuschten sie sich sehr. Aus den zahlreichen Bewerbungen konnten etwa 60 erprobte und einwandfreie Ärzte ausgewählt und vertraglich für den 1. Januar 1914 verpflichtet werden. Diese neu angestellten Ärzte beschloßen, den sämtlichen Kassenmitgliedern — es kommen mehrere Kassen in Betracht — unter sich die freie Arztwahl zu gestatten. Damit ist ein vorläufiger Stillstand der Fehde zu verzeichnen, aber auch die letzte Hoffnung der Ärzte, das Oberverwaltungsamt, dürfte in diesem Falle verjagen.

Die Gesellschaft für soziale Reform beruft ihre 6. Hauptversammlung zum 21. und 22. November nach Düsseldorf ein. Der frühere Staatsminister Frhr. von Berlepsch wird sich in einem Referat mit der Frage des Reichseinzugsamtes beschäftigen, Rechtsanwalt Einzheimer mit Rechtsfragen des Arbeitsvertrages (Haltung und Abdingbarkeit) und ihre gesetzliche Lösung; Dr. W. Zimmermann referiert über neue Aufgaben des gewerblichen Einzugsamtes.

Kommunale Arbeitslosenfürsorge. Das Münchener Gemeindefollegium beschäftigte sich am Donnerstag mit einem sozialdemokratischen Antrag über die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Es wurde beschlossen, den Magistrat um baldige Vorlage eines Sachgutachten für eine gemeindliche Arbeitslosenversicherung zu ersuchen. Weiter wurde beschlossen, der Statkommission den Antrag zu überweisen, 150 000 Mk. für die Arbeitslosenfürsorge in den Haushaltsplan für das Jahr 1914 einzusetzen.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Herr Reserveoffizier und die milden Richter. Von geradezu aufreizender Wirkung ist das Urteil, das vom Königsberger Schöffengericht gegen den Gutsbesitzer und Reserveoffizier Paul Gussak aus Schönwiese gefällt wurde. Der Herr war wegen Hausfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung angeklagt. Er war am 5. Juli in die Wohnung der Arbeiterfrau Jahnke gedrungen und hatte sie zur Rede gestellt, weil sie durch sein Roggenfeld gegangen war. Dabei hatte er die Frau beschimpft: „Sie verfluchtes Weib sind durch meinen Roggen gegangen!“ Dann hatte er ihr mit seinem Spazierstock drei Schläge gegen die rechte Hüfte versetzt, so daß ein Bluterguß unter der Haut erfolgte, die Hüfte anschwell und sich eine etwa zwei Handflächen große Verfärbung bildete. Die Frau hat infolgedessen vier Wochen hindurch Stiche in der rechten Seite gehabt. Das Gericht sprach den Angeklagten von der Anklage des Hausfriedensbruchs frei, indem es annahm, er habe beim Betreten der Wohnung der Arbeiterfrau noch nicht die Absicht gehabt, die Frau zu schlagen. Er habe sie vielmehr zur Rede stellen wollen. Deshalb sei diese Handlung eine rechtmäßige und kein widerrechtliches Eindringen“. Schuldig dagegen sei er, die Frau beleidigt und mit einem gefährlichen Werkzeug vorzüglich körperlich mißhandelt zu haben. Das Gericht habe aber berücksichtigt, daß der Angeklagte unbescholten sei und sich „in berechtigter Erregung“ befunden habe; andererseits sei „die Schwere der Verletzungen in Betracht gezogen“ worden, daher sei für die gefährliche Körperverletzung unter Zubilligung mildernder Umstände auf eine Geldstrafe von 10 Mk. und für die Beleidigung auf eine Geldstrafe von drei Mark in Summa 13 Mk. (!) erkannt worden. Für die Zuerkennung einer Buße hätte keine Veranlassung vorgelegen, weil aus der Tat des Angeklagten den Eheleuten (also auch der Frau) kein Schaden erwachsen sei. (!) Dieses schier unalaußliche Urteil wurde „von Rechts wegen“ gefällt. Die 13 Mk. Geldstrafe sind gar keine Sühne für die Vergehen des Angeklagten, der ein begüterter Mann ist und den die Strafe nicht im geringsten trifft. Dabei ist die Mißhandlung einer wehlosen Frau durch einen Menschen, der doch gebildet sein will, besonders roh und vermerkt. Der hier in Betracht kommende Paragraph sieht als Mindeststrafe zwei Monate Gefängnis vor und das Gericht erkennt auf 10 Mk. Geldstrafe!

Ein Todesurteil. Die Wiener Blätter melden, der Offiziersdiener Jankowicz, der am 17. August den Gardekaptän Egentold und die Gräfin Wolga erschossen hat, ist zum Tode durch den Strang verurteilt worden.

Der Mordprozess in Kiew. Der Zeuge Wjshnemi rski, der bis Mai 1911 in Lufjanowka ein Haus besaß, sagte aus, zwei bis drei Monate nach Juschtschinskis Ermordung habe bei ihm ein ehemaliger Kollege Kawitsch vorgeschrien und erzählt, seine Frau hätte in der Wohnung Tschberjats in einer Badewanne einen in einen Teppich gefüllten Leichnam gesehen. Bevor Kawitsch mit seiner Frau nach Amerika abreiste, habe er gesagt, daß Vera Tschberjats ihm durch Geld zum Billetkauf bei der Reise geholfen habe. Der Staatsanwalt fragte, warum er, da er einen solchen wichtigen Umstand kannte, dem Untersuchungsrichter nichts darüber mitgeteilt habe. Der Zeuge erwiderte, das sei nicht seine Sache, da dies allen bekannt gewesen sei. Er sei alt und interessiere sich wenig für die Angelegenheit. Auf die Frage des Gerichtspräsidenten, warum Kawitsch nach Amerika gereist sei, sprach der Zeuge die Vermutung aus, Kawitsch habe sich gefürchtet, wegen der ihm von Vera Tschberjats zur Aufbewahrung gegebenen Revolver zur Verantwortung gezogen zu werden und habe auch eine Unternehmung im Zusammenhang mit der Mordaffäre gefürchtet. Der Staatsanwalt beantragte, die ganze Zeugenaussage in das Protokoll einzutragen.

Aus Nah und Fern.

Die Katastrophe des „L. 2“. Nach dem Verlust des „L. 2“ befißt die Flotte gegenwärtig kein flugfertiges Luftschiff mehr. 2 Luftschiffe „L. 3“ und „L. 4“ sind im Bau. Durch die Unfälle der beiden Luftschiffe „L. 1“ und „L. 2“ sind auch alle Offiziere, Beamte und Ingenieure, die als Sachverständige in der Luftfahrt gelten konnten, ziemlich weggerafft. Sicherlich werden diese Unfälle nun von den Schreier benutzt werden, um neue unsinnige Forderungen zu stellen. Die Heberreife des Luftschiffes lassen deutlich erkennen, daß der Ballon nach dem Brande festrecht in die Tiefe gesinkt ist. Die Gondeln mitläm den schweren, viele Zentner wiegenden Motoren haben sich tief in die Erde eingewühlt und die kurze Grasnarke, die das Feld deckt, ist in einem Umkreise von etwa 10 bis 15 Metern verbrannt. Die Propeller

Der vorderste Maschinengondel sind noch fast unversehrt. Ebenso die Kardanwellen, die die Schrauben mit dem Motor verbunden haben. An den Motoren, die nach einer Stunde noch heiß sind, läßt sich irgend etwas Besonderes nicht feststellen, obwohl gerade sie die Ursache des furchtbaren Unglücks gewesen sind. Die Führergondel, die ganz vorne am Zeppelein, noch vor der ersten Maschinengondel angebracht war, ist vollständig zusammengebrochen und in sich selbst zusammengedrückt. Die starken Aluminiumwände sind wie dünnes Blech zertrümmert. Der Mittelgang, der alle drei Gondeln verband, läßt sich noch jetzt, in seinen äußeren Umriffen wenigstens, etwas erkennen. Die dünnen Spanten, die an manchen Stellen kaum zentimeterdick sind, liegen förmlich deformiert und geknickt umher. Wie groß die Explosion gewesen ist, läßt sich schon daraus erkennen, daß derartige Rippen und Spanten ebenso wie Teile der Gondeln, Holzstücke usw. bis auf den etwa 600 Meter entfernten fliegenden Flugplatz geschleudert worden sind. Besonders schlimm sieht das Hinterteil des Ballons aus. Hier haben die Heberreste sich zu einer Höhe von 4 bis 5 Metern emporgehoben und die Gondel begraben. Das Heck hat am wenigsten gelitten. Die Steuerzellen zeigen zum Teil noch ihre Verkleidung, und halbverbrannte Leinwandstücke hängen allenthalben herum. Die mächtigen Benzintanks liegen vollständig geleert umher. Ihr Inhalt hat sich im Augenblick der Explosion auf die Gondeln und in das Innere entleert. Die mächtigen Aluminiumfässer zeigen aber noch deutlich ihre Form.

Die Untersuchungskommission hat die Ursache der Katastrophe bisher noch nicht feststellen können. Man nimmt allerdings an, daß ein Vergaserbrand das Unglück verursacht und eine Knallgasbildung die Katastrophe vergrößert hat. Für die 28 Todesopfer ist Montag nachmittag eine gemeinschaftliche Trauerfeier geplant. Alle Leichen wurden nach dem Garnisonlazarett Tempelhof gebracht und dort aufgebahrt.

Mord oder Selbstmord? Im Grünauer Forst ist die 19jährige Tochter Gertha des Porträtmalers Haag aus der Bergmannstraße in Berlin mit einer Schußwunde in der linken Schläfe tot aufgefunden worden. Das Mädchen war mit ihrem Geliebten, einem Unteroffizier, am Dienstag nach Grünau gefahren, um mit diesem gemeinschaftlich in den Tod zu gehen, da die Heirat unmöglich war. Der Unteroffizier gibt an, daß das Mädchen sich selbst erschossen habe. Er habe nicht den Mut gehabt, sich gleichfalls zu erschießen. Da die Auslagen des Unteroffiziers unglauwbärdig klingen, wurde die Leiche des Mädchens beschlagnahmt und eine Untersuchung eingeleitet.

Die deutsche Völkeranschlagfeier an französische Kinos verhört. Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben: „Jetzt, da endlich am hundertsten Jahrestag der Schlacht das fertige Werk deutscher Opferwilligkeit und deutscher Schöpferarbeit feierlich enthüllt und geweiht werden soll, da ist es vor allem schon die ganze Feier an eine französische Firma verhört worden. Ausgerechnet an eine französische. Die „Deutsche Zeitung“ hat aus Leipzig darüber folgende Zuschrift erhalten: „Wir liegt ein Prospekt vor, in dem die Firma Pathé Frères & Co. aller Welt anzeigt, daß sie das absolute alleinige und offizielle Kinematographen-Aufnahmerecht von der feierlichen Enthüllung und Einweihung des Völkeranschlagdenkmals zu Leipzig mit großen Kosten erworben habe. Der Prospekt trägt außer Bildern vom Völkeranschlagdenkmal auf jeder in Betracht kommenden Seite an hervorragender Stelle die Firma Pathé Frères und ihre Fabrikmarke, den siegreich auf der Erdrugel stehenden triumphierenden gallischen Hahn! Hat der Deutsche Patriotenbund, als er das alleinige offizielle Aufnahmerecht an die Firma Pathé Frères verkaufte, daran gedacht, daß ein Patriotenbund keine Erwerbsgesellschaft ist? Offenbar ist für ihn die Völkeranschlagfeier umsonst geschlagen worden. Denn ein klares Anerkenntnis, daß noch heute der französische Unternehmungsgeist selbst in rein deutschnationalen Angelegenheiten triumphiert, konnte er der Welt nicht geben als dadurch, daß er das offizielle Recht, die Ergebnisse der Einweihung des Völkeranschlagdenkmals zu reproduzieren, ausschließlich einer französischen Gesellschaft übertrug. Was muß das Ausland denken, wenn ihm die mit dem triumphierenden gallischen Hahn geschmückten Prospekte der Firma Pathé Frères zuflattern? — Wiederum eine Glanzleistung deutscher Mädel! Was denn durchaus gefilmt und kinematographiert werden, war der inalternde Apparat auch bei dieser Patriotenfeier nicht zu entbehren? So viel Takt hätte jedenfalls obwalten müssen, daß dann — wenn die Verfilmung der Leipziger Denkmalsfeier zu einem Kientops-Spektakel tatsächlich gar nicht zu vermeiden war — wenigstens nicht einer französischen Firma das Monopol als Beute ausgeliefert wurde.“ Gewiß ganz richtig! Aber was steht denn hinter dem ganzen Patriotismus überhaupt, wie er von unsern Byzantinern zur Schau getragen wird, als das Geschäft! In den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, einem vom Chauvinismus tiefenden alldeutschen Organ, erschien vor einigen Monaten ein Inserat, das verdient, jetzt, da der Jubiläumstrummel seinen Höhepunkt erreicht hat, der Vergessenheit entrissen zu werden. Das interessante Kulturdokument hat folgenden Wortlaut:

Das Jahr 1913 muß jedem routinieren Menschen 10 000de Mark Verdienst bringen, wenn er nur über einige Mittel, schon von 500 Mark an, verfügt. Für den größten Jubiläumsschlager, von Königen und Bundesfürsten empfohlen, geben wir noch einige verfügbare Vertretungen ab. Keine besonderen kaufmännischen oder Branchenkenntnisse erforderlich. Unser Bevollmächtigter ist heute, Donnerstag, und morgen, Freitag, 11 bis 1 und 3 bis 7 Uhr „Hotel Sedan“, Leipzig. Stangenhaus u. Co., Berlin W. 62.

Von vornherein ist also von den Patrioten der Jubiläumstrummel als Geschäft der Welt und ausgebeutet worden. Und da schreit man die dieses widerliche Gebaren mit Recht nicht mitzumachen, als Vaterlandsfeinde. Für über dieses patriotische Heucheltum!

Die Überlebenden der „Volturno“. Sonnabend hat man mit vieler Mühe die mit dem Dampfer „Lorraine“ in Haft angekommenen Überlebenden des verbrannten Dampfers „Volturno“ untergebracht. Kein einziger der Leute sprach eine bestimmte Sprache, sondern nur Dialekte, jedoch eine Verständigung unmöglich war. Nur von einem kleinen Mädchen, das der Sprache etwas mächtig war, konnten die Personalisten feststellen werden. Alle Überlebenden sind von ihren Familienangehörigen getrennt.

Folgen der Schandmissetaten haben wie drüben. Einige Kommando-Abteilungen haben der Mejer Militärbehörde beantragt, die Militärpatrouillen zu verstärken und mit ihren Patronen auszurüsten. Daß diese Maßnahmen zur Beruhigung der Bevölkerung nicht beitragen, konnte die Militärbehörde auch wissen, zumal es doch in dem militärischen Weg nicht schwer sein dürfte, der Hundswall-Kaufleute Herr zu werden. Zu welchen Folgen kann es führen, wenn ein Soldat in heftiger Eile von dem neuen Befehl, der ohne Verzicht mit der Reuebekämpfung verbunden ist, keine Gebrauch macht?

„Stechen Sie den Mann nieder!“ Unter dieser Überschrift veröffentlichte die „Frankf. Ztg.“ eine Zuschrift, in der ein treu-deutscher Mann, Herr Dr. Ernst Förster, seine Erfahrungen, die ihm der Militarismus in Darmstadt vermittelte, in bitteren Worten wiedergibt. Danach befand er sich mit seinem sechsährigen Knaben auf dem Wege nach dem Griesheimer Haus und weiter zum Flugzeugschuppen, wo einige Flieger kreuzten. Weil er keine Erlaubnisurkunde besaß, wurde er von einem Soldaten zurückgeführt. Blököll erscholl der scharfe Befehl eines Hauptmanns an den Soldaten, den ahnungslosen Spaziergänger als „Arrestanten“ abzuführen. Als der Arrestant bei dem Offizier um Aufklärung eruchte, wurde er in aufgebracht Weise zurückgewiesen und der Soldat „in einer Weise angeschrien, daß man nicht einmal mehr das Säufen der Propeller hörte“. „Sie schlapper Soldat! Habe ich nicht befohlen, daß der Mann im Schilderhaus wie vorgeschrieben zu warten hat! Pflanzen Sie Ihr Seitengewehr auf, und wenn nicht sogleich die gegebenen Befehle ausgeführt werden, so stechen Sie den Mann nieder! Und während schreiet der Gewaltige von dannen, während der Soldat mit aufgeschlagtem Seitengewehr sich mir gegenüberstellte.“ Nachdem der Mann längere Zeit im Schilderhaus verbracht, wurde er von zwei Mann mit geschultertem Gewehr nach einer Weile abgeführt, wo der so schneidig Behandelte endlich Gelegenheit zu seiner Legitimation fand. Daß der Militarismus die aufreibendsten Blüten treibt, ist nichts Neues. Andern Leuten ist schon oft dergleichen geschehen. Aber das Nützliche an der Sache ist doch, daß die geschicktesten Erlebnisse ein Mann machen mußte, der, wie er selbst bemerkt, als Hamburger Oberlehrer hervorragend in der sogenannten nationalen Jugendpflege tätig, also ein Mann von zweifelsfreien patriotischen Eigenschaften ist, und für seine Tätigkeit „bis hinauf zum Feldmarschall v. d. Golz“ vollste Anerkennung gefunden hat. Die Sache beweist, wie recht die Sozialdemokratie mit ihrer Kritik des Militarismus hat.

Brandt klagt. Der zur Disposition gestellte Bureauvorsteher der Eisener Firma Krupp, Maximilian Brandt, hat durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, gegen den früheren Berliner Generaldirektor der Firma Krupp, v. Meyen, wegen verleumderischer Beleidigung Strafantrag gestellt. Die Beleidigung soll enthalten sein in einem vor einigen Tagen im „Vorwärts“ veröffentlichten Interview über den bevorstehenden Krupp-Prozess.

Arbeiter! Parteigenossen!

: Die Wählerlisten : zur Bürgerschaftswahl

liegen von Mittwoch, den 15. Oktober bis Donnerstag, den 23. Oktober einschließlich im Statistischen Amt, Fleischhauerstraße 18, II. Obergeschloß, zu jedermanns Einsicht aus.

Wer in der Liste fehlt, darf nicht wählen!

Das Parteisekretariat ist gern bereit, für Verhinderte, die darum ersuchen, Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen.

Seht die Wählerlisten ein!

Weitere Flieger-Unfälle. Der Rumpflieger Luebbe, der Freitag nacht 12 Uhr 30 Min. in Wanne aufgestiegen ist, traf Sonnabend morgen zwischen 4 Uhr 30 Min. und 5 Uhr in Johannisthal ein. Bei dem herrschenden Nebel ist seine Ankunft nur von den Fliegerwerken gehört worden. Trotz dem Feuer auf dem Flugplatz angezündet und Raketen abgeschossen worden sind, irrte der Flieger längere Zeit über der Flugplatzgegend umher und landete erst gegen 5 Uhr 30 Min. Der Apparat wurde bei der Landung vollständig zertrümmert. Der Flieger ist an Kopf und Beinen leicht verletzt worden. — Aus dem Kreise Kaluga (Rußland) wird berichtet: Der Militärflieger Kletschinski und sein Mechaniker, die bei starkem Winde aufgestiegen waren und abstürzten, sind tot.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Sonnabend früh gegen 3 Uhr brach auf dem Heintzplatz der Castellengrube bei Gleiwitz ein Feuer aus, das durch einen Hölzbrand entstanden sein soll. Zwei Bergleute wurden als Leichen zutage gefördert. Mehrere andere sind schwer verletzt worden.

Zur Grubenkatastrophe bei Cardiff. Alle Versuche, das Feuer in der Untertal-Grube zu löschen, waren bisher vergeblich. Kaum ist an einer Stelle der Brand etwas zurückgedrängt, so flammt anderwärts das Feuer mit verstärkter Gewalt wieder auf. Unausgesetzt versuchen die Rettungsmannschaften trotz der drohenden Gefahren, das Feuer zu erlöschen, um so an die Eingekerkerten heranzukommen. Ein Mann der Rettungskolonnen wurde Freitag früh von einer einstürzenden Bersteigerung erschlagen. Draußen vor dem Grubeneingang warten noch immer in dumpfer Verzweiflung die Angehörigen. Nur ab und zu ertönt aus der Menge ein Aufschrei, wenn wieder einmal ein armes Weib vor Schmerz und Schwäche zusammenbricht. — Der Deutsche Bergarbeiterverband hat den Gefühlen seiner tiefsten Trauer in folgendem Telegramm an die Leitung der englischen Bergarbeiterorganisation Ausdruck gegeben: „Dieser Führer von dem schrecklichen Grubenunglück in Cardiff, welches Hunderte von englischen Bergleuten das Leben kostete, sprechen wir Ihnen und den englischen Kameraden unsere tiefgerühmte Teilnahme aus. Ein besserer internationaler Bergarbeiterverband ist nötig, um zukünftig solche schmerzlichen und traurigen Ereignisse zu verhüten. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, P. Sasse, Otto Hue.“

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Theodor Körner, musikalisches Schauspiel in 5 Bildern von Alfred Kaiser. In den letzten Tagen ist gerade von denen, die noch immer

wahre Volksfreiheit mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterdrücken bestrebt waren, sehr häufig das Wort Freiheit im Munde geführt worden. Für die Ehre, für die Freiheit, für das Vaterland singen mit vollen Worten die Leute, die sonst nach Zuchttausefesen gegen die organisierte Arbeiterkraft schreien, die sich mit Händen und Füßen dagegen sträuben, der werktätigen Bevölkerung das gleiche Maß von Rechten zu geben, das sie besitzen, die jede Bewegung verunglimpfen, deren Zweck ist, den Besitzlosen ein Vaterland zu schaffen, in dem sie ein menschenwürdiges Dasein führen und sich wohl fühlen können. Nie hat die bürgerliche Heuchelei einen höheren Grad erreicht als beim eben verrauchten hurrapatriotischen Völkerschlachtrummel.

Solche Deklamationen von Freiheit würden am besten von der Bühne wirken, denn sie gehören ins Theater. Das wissen jedenfalls auch die „maßgebenden“ Kreise und deshalb ordnen sie an, daß zur Feier des Tages auch im Theater vom Tenoristen die Freiheit in den höchsten Tönen besungen wird. So etwas klingt so schön und verpöchtelt zu nichts. Das Lübecker Stadttheater gab am Sonnabend und Sonntag das musikalische Schauspiel Theodor Körner von Alfred Kaiser als Festvorstellung. Vom Senat waren dazu — nur am Sonnabend — die kriegsvereintlich organisierten Kriegsveteranen eingeladen, denen der künstlerische Genuß durch je zwei Glas Bier und ebenso viele Butterbrote erhöht wurde. Begreiflicherweise soll das Theater, das man festlich erleuchtet hatte, stark besucht gewesen sein. Am Sonntag wies der Sperrfisk und vor allem die Logen des ersten Ranges wieder den üblichen, außerordentlich spärlichen Besuch auf; die offizielle Begeisterung hatte ja bereits am Sonnabend ihr Ende erreicht.

Wie schon aus dem Titel zu ersehen ist, liegt der Handlung des musikalischen Schauspiels ein Abschnitt aus dem Leben Theodor Körners, des jungen Dichters und Kämpfers, zugrunde, der beim mecklenburgischen Orte Wöbbelin einer feindlichen Kugel zum Opfer fiel. Körners erste theatralische Erfolge, seine Liebe zu der Schauspielerin Antonie Namberger, Christine Hofers Liebe zu Körner, dann die erwachende Sehnsucht nach der Befreiung des deutschen Volkes aus den Ketten der Tyrannei, bilden den wesentlichen Kern des Stückes, das vom Komponisten selbst mit bemerkenswertem Blick für das Bühnenwirksame geschrieben wurde. In der Musik, die vielfach recht geräuschvoll ist, aber doch Eigenart, hübsche Klangwirkungen und melodische Grundausgabe zeigt, herrscht das heroische Element vor, das seinen Ausdruck in schwingvollen oder marschnmäßigen militärischen Melodien findet. Die lyrischen Stellen sind durchweg warm empfunden. Dem Orchester bietet das wirkungsvoll instrumentierte musikalische Schauspiel eine dankbare Aufgabe.

Die Aufführung des gar nicht leicht wiederzugebenden Wertes an unserer Bühne verdient ein volles Lob. Herr Kapellmeister Dr. Garkem hatte für eine sorgfältige Einstudierung gesorgt und dirigierte mit dem Temperament, das in seiner Aufgabe aufgehenden Musikers. Herr Schöffel besang als Körner kraftvoll die Freiheit in den höchsten ihm zu Gebote stehenden glanzvollen Tönen. Amig gab Frau Schmidt die Christine; gefanglich vorzüglich war Frau Vogel-Wack als Antonie Namberger. In den übrigen größeren Partien wirkten Fr. Wolke sowie die Herren de Garma und Stegle verdienstlich mit. Dem Chor soll gleichfalls die Anerkennung nicht vorenthalten werden.

Die Inszenierung der Oper durch Herrn Oberregisseur Beyer war mit der gewohnten Tüchtigkeit erfolgt. So kann man von einem schönen Erfolg reden, den „Theodor Körner“ hier erzielt hat und der ihm auch wohl in normalen Zeiten ohne Freibrot und Butterbrot geworden wäre. P. L.

Heiteres.

Berlin N. C m i l: „Wat habt ihr heute zu Mittag?“ — Otto: „Schmittlauch! Mutta sagt, der schmeckt wie Küchrei!“ Neues Leben. „Ja sehen Sie, die vierzig Jahre Geschäft haben meine ganze Lebenskraft verbraucht.“ — „Na, und was machen Sie jetzt?“ — „Jetzt bin ich Lebemann!“ (Aus „Lustige Blätter“.)

Geordnetes Jenzeits. Und hast schon an dein Seelenheil gedacht und dich auch Jenzeits vorbereitet?“ — „Dafür is g'forgt, Hochwürden, i hab' mi an die königliche Anatomie vercafft.“

Fortschritt. „Streben muß der Mensch und nicht auslassen! Ich hab' auch zuerst betteln gehen müssen von Tür zu Tür — und jetzt hab' ich schon mein eigenes Bettelbriefschreibbureau.“ (Aus „Simpitzissimus“.)

Gutes Gedächtnis. „Na, Suberbauerin, Sie werden doch Ihre silberne Hochzeit öffentlich feiern?“ — „Fallet mir net ein! Daß mein Mann wieder so an Kaufsch heimbracht, wie's erste Mal.“

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich - genossenschaftliche
Versicherungs - Aktien - Gesellschaft.

Bureau: Johanniststr. 48, pt.

Geöffnet: Wochentags
abends von 7½—9 Uhr.

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schörmig. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“